



Antragsmappe

1. Schüler:innenparlament

(Stand 28.November 2023)

Inhaltsverzeichnis

1. Schule zum Lernen statt Schule zum Leisten	2
2. Gemeinschaft, die (Spitzen)Klasse ist!	4
3. Echte Demokratie statt ahnungsloser Schüler:innen	5
4. „Das Internet ist für uns alle Neuland“	6
5. Digitalisierung und KI an Schulen	8
6. Bildung für alle	9
7. Verpflichtende Doppelkorrektur bei einer negativen Sprach-Matura	11
8. Mental Health Matters!	12
9. Schulen brauchen Unterstützung.....	14
10. Was tun bei schlechter Lehrkraft?! – Regelmäßiger Lehrer:innenwechsel	15
11. Erdbeerwoche – kein Problem!.....	17
12. Erste-Hilfe-Kurs: Lebenswichtig.....	18
13. What to do after school? – Zivil oder Wehrdienst: der Zwiespalt.....	19
14. Eine echte Demokratie, in der das Wahlrecht kein Privileg ist.....	20
15. Anonymisierte Korrektur in der Schule	21
16. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung	22
17. Der Weg zur Europäischen Schule.....	23
18. Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite	25
19. Sei eine Avocado!.....	26
20. §39 – zu schön um wahr zu sein?	27
21. Use your time wisely	28
22. Schule ohne Gott und mit Verstand	29
23. Diskutieren geht über Studieren	31
24. Paper-and-Pencil-Aufgaben, dass Konzept aus der Zukunft?.....	32
25. Fair Play im Zeugnis	33
26. Echter Klimaschutz in der Schule.....	34
27. Eigenes Budget für Schüler_innenvertretungen.....	36
28. Schulsport an die Interessen der Schülerinnen und Schüler anpassen	38
29. Mitbestimmung auf allen Ebenen.	40
30. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe).....	41
31. Mobilität muss leistbar sein	42
32. Autonomie und Entpolitisierte Schule – Schulversuch Österreich	44
33. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir Gefällt	46
34. SIPs, aber auch mal für alle.....	47



Inhaltsverzeichnis

35.	Wieso können wir nicht einfach mehr Geld drucken?.....	49
36.	Mitschreiben nach Wunsch	50
37.	Du bist nicht du wenn du hungrig bist.....	51
38.	Softskills in die Schule.....	52
39.	Internship your life	53
40.	Bildung für eine Zukunft.	54
41.	„Ihr sitzt jetzt eh freiwillig da!“	55
42.	Lehrer:in, aber attraktiv!	56
43.	Bildung in Krisenzeiten.	57
44.	Recht und Politik am Stundenplan	58
45.	Wann kommen wir in der Zukunft an.....	60
46.	Erste Hilfe	61
47.	LSV-Arbeit muss kein Geheimnis sein!	62
48.	Klimaschutz hört nicht beim Mülltrennen auf!.....	64
49.	Wirklich wahr – Das Vertrauen in die Wissenschaft zurückgewinnen.....	66
50.	Zu große Klassen, zu große Nachteile.....	67
51.	Was, wir haben Rechte?!.....	68
52.	Politische Bildung als Pflichtfach	69
53.	Lehrpersonenkompetenzen.....	70
54.	Bildung über Finanzen: Eine Investition in die Zukunft	71
55.	Gewaltig gegen Gewalt!	73
56.	Verpflichtendes Lehrer:innen Feedback.....	74
57.	Raus aus der Verdrossenheit – Starten wir Diskussionen.....	75
58.	Ein eigenes Budget für eigene Ideen – SV-Budget.....	76
59.	Bleibt weltoffen!.....	77
60.	Einführung des Lernbüro-Konzepts in allen höheren Schulen in Wien.....	78
61.	Eine Beurteilung so individuell wie wir?	79
62.	Let’s talk about sex, baby!	80
63.	Kochunterricht für eine ganzheitliche Schüler:innen- Entwicklung.....	81
64.	G'scheid Wirtschaften für Alle!.....	82
65.	Unterlassene Hilfeleistung.....	83
66.	Kein Tier ist egal!	84
67.	Lernen für Alle	85
68.	Nachhilfe – von und für Schüler:innen	86



Inhaltsverzeichnis

69.	Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!.....	87
70.	Gebetsräume für Alle!	88



1. Schule zum Lernen statt Schule zum Leisten

Antrag von: **Sophie Wöhrer**, HLW Willergasse

Druck und Stresssituationen sind prinzipiell etwas Gutes. Das menschliche Gehirn ist darauf ausgelegt, besser zu funktionieren und klarer zu denken, wenn es unter Stress steht. Ein Merkmal, das den Menschen in der Natur vor vielen Jahren sicherlich zu Gute gekommen ist, wenn es um das Überleben in gefährlichen Situationen ging. Ein Merkmal, das uns auch heute oft zu Gute kommt, wenn wir in Wettbewerben besser abschneiden als im Training oder schulpolitisch bei Schularbeiten bessere Leistungen bringen als bei Übungen. Dass das menschliche Gehirn unter Druck und Stress besser abliefern kann, ist ein Fakt. Dass es vielen Schüler:innen im derzeitigen Bildungssystem gar nicht gut geht, ist auch ein Fakt.

Die Sache mit den Stresssituationen und den verbesserten Funktionen unseres Gehirnes ist folgende: Es funktioniert nicht auf Dauer. Stressige Phasen in der Schule, wie kurz vor einer wichtigen Schularbeit oder vor der Matura helfen uns. Auch wenn es uns unangenehm erscheint, profitieren wir im Endeffekt davon. Doch das nur, wenn diese Situationen in kleinen, bedeutenden Momenten kommen. Bei zu viel Stress oder zu viel Druck werden die Funktionen unseres Gehirnes durcheinandergebracht, dies führt schon bei jungen Menschen zu Burn-Outs oder anderen mentalen Krankheiten.

Der Ansatz uns mit Leistungsdruck zu pushen ist prinzipiell nicht falsch, doch er wird im derzeitigen Schulsystem komplett falsch angewandt. Durch mehrfache Tests, Schularbeiten, Präsentationen, usw. steigt dieser Druck so lange an, bis er uns zerdrückt – das sollte so nicht sein. Wir können bei all den Leistungsnachweisen nicht mehr unterscheiden, welche zu priorisieren gelten. Wenn es zu Leistungsüberprüfungen kommt ist weniger manchmal mehr. Wir sind Schüler:innen und keine Maschinen - wir müssen nicht immer, einheitlich funktionieren. Wir müssen lernen, stressige Situationen für uns zu nutzen und dabei auf unsere mentale Gesundheit zu achten. Das geht bei Stress und Druck nur in Maßen. Die Schule muss wieder zu einem gesunden Verhältnis von Stress, Druck und Leistung zurückzukehren.

Forderungen:

- Begrenzung von max. einer verpflichtenden und einer freiwilligen Leistungsüberprüfung jeglicher Art* in Schularbeitsfächern und max. 2 verpflichtende und einer freiwilligen Leistungsüberprüfung jeglicher Art* in Fächern ohne Schularbeit



Antrag

- Schulungen von Expert:innen über mentale Gesundheit für Lehrkräfte und Schulleitung
- Eine jährliche Umfrage, die zentral an allen Schulen digital durchgeführt muss, bei der Schüler:innen kundtun können, wie es ihnen mit dem schulischen Druck geht und Verbesserungsmaßnahmen vorschlagen können

*Eine Leistungsüberprüfung jeglicher Art entspricht einer Überprüfung jeglicher Leistung (Test, Lernzielkontrolle, Mitarbeiterüberprüfung, Präsentation, etc. inkludiert)



2. Gemeinschaft, die (Spitzen)Klasse ist!

Antrag von: **Marie Charwat**, KMD Herbststrasse

In einer idealen Klassengemeinschaft sollten sich die Schülerinnen und Schüler gegenseitig unterstützen und untereinander verstehen. Genau diese Bindung kann durch eine Stunde gemeinsam mit dem Klassenvorstand erreicht werden.

Doch nicht nur die Beziehung zwischen den Einzelnen in der Klasse profitiert davon. Nein, auch die Beziehung zu den Lehrkräften. Dadurch, dass einmal pro Woche ein konstruktiver Austausch mit dem Lehrkörper stattfinden kann, haben alle Lehrkräfte automatisch einen besseren Einblick in das Leben von uns Schüler:innen.

Wenn Probleme, wie Überlastung und unfaire Behandlung auftreten, sollte der Klassenvorstand aufgesucht werden, da er/sie eine andere Beziehung zu den Lehrkräften hat und somit die Probleme der Klasse darstellen kann. Manchmal braucht es Zeit, bis man einer Lehrperson vertraut, und genau deshalb gehört diese Vertrauensbasis von der ersten bis in die letzte Klasse gestärkt.

Die normalen Unterrichtseinheiten vieler Klassenvorstände leiden unter ihrer Rolle. Egal ob das administrative Aufgaben, Informationsaustausch oder das Schlichten von Streit ist. Wird dafür aber eine extra Stunde verwendet, muss der eigentliche Unterricht des Professors bzw. der Professorin nicht darunter leiden. Besonders gut bieten sich Randstunden an, um den Schüler:innen den Ein- oder Ausstieg des Tages zumindest einmal in der Woche zu verschönern und die Zeit, in der Jugendliche tendenziell am „Lernunwilligsten“ sind, trotzdem produktiv zu nutzen.

Forderungen:

- Die Einführung von einer Klassenvorstandsstunde pro Woche, ab der Sekundarstufe I.



3. Echte Demokratie statt ahnungsloser Schüler:innen

Antrag von: **Frederik Witjes**, BRG8 | **Amir Salman**, GRG21 | **Lorenz Unger**, GRG19 | **Victoria Korbiet**, GRG5

Obwohl es in Wien über 160.000 Oberstufenschüler:innen und mehr als 750 aktive Schüler:innenvertreter:innen gibt, weiß nur ein Bruchteil, wie das SV-System auf Landes- oder gar auf Bundesebene funktioniert. Dies ist ein Problem, da es kaum Schüler:innen gibt, die sich darüber im Klaren sind, von wem sie eigentlich vertreten werden. Das führt dazu, dass man gar nicht weiß, welche Entscheidungen über uns Schüler:innen durch unsere „Vertretung“ gefällt bzw. beeinflusst werden.

Wir sind der Meinung, dass eine Demokratie nicht funktionieren kann, wenn dem Großteil der Schüler:innen gar nicht bewusst ist, wie ihre Vertretung funktioniert und wer dafür zuständig ist. Um diesem Problem entgegenzuwirken, sollte die Aufklärung über das österreichische SV-System ein Teil des Lehrplans an allen Oberstufenschulen im Unterrichtsfach „Geschichte und politische Bildung“ sein. Die Politik des Hier-und-Jetzt, die unser Leben beeinflusst, ist eindeutig wichtig genug, um ein verpflichtender Teil des Lehrstoffs zu sein.

Forderungen:

- Wir fordern, dass Aufklärung über das überschulische Schüler:innenvertretungssystem in den Lehrplan aller Oberstufenschulen vorhanden aufgenommen wird.



4. „Das Internet ist für uns alle Neuland“

Antrag von: **Amir Salman**, GRG21 | **Lorenz Unger**, GRG 19 | **Manuel Jonovic**, BORG 3 | **Alexis Küntzel**, GORG 20

„Bei mir in der Stunde schreibts ihr sicher nicht am Laptop!“, „Die Hausübung könnt's ihr von der Tafel abschreiben, ich benutz das Untis nicht!“, „Ja ich hab die Folien nur für Overheadprojektor, kann den wer reinholen?“ Sätze, die man zu oft noch an Wiener Schule hört. Von einer Digitalisierungsoffensive spürt man hier nichts. Natürlich ist das nicht der Regelfall und es wird an manchen Schulen schon daran gearbeitet, die Digitalisierung voranzutreiben, aber das ist bei weitem noch nicht genug für das 21. Jahrhundert.

Es beginnt bei der Zugänglichkeit zu digitaler Infrastruktur in den Schulen. Der Ausbau von qualitativ-hochwertigem Internet, sowie notwendigen Geräten muss flächendeckend fertiggestellt werden. Dabei dürfen Indexschulen nicht kürzer als Privatschulen kommen. Genauso ist es zu spät um erst die jüngeren Jahrgänge mit der nötigen Infrastruktur zu versorgen, es muss auch möglich sein noch in der Oberstufe auf den Unterricht mit Laptops bzw. Tablets umzusteigen.

Damit Schüler:innen zu digital mündigen Bürger:innen werden, reicht aber nicht allein die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur, es braucht auch die Ausbildung daran. Dass Schüler:innen Schreibschrift lernen aber nicht effizient auf einer Tastatur tippen können, kann nicht sein. Weiter sollte künstliche Intelligenz sowie digitale Medien sollten vermehrt im Unterricht thematisiert werden. Anstatt sie zu stigmatisieren und aus der Schule fernzuhalten, ist es wichtig, sie bewusst in den Schulalltag zu integrieren. Es kann nicht sein, dass in den Schulen versucht wird, eine Realität zu schaffen, in der es keine künstliche Intelligenz sowie digitale Hilfsmittel gibt. Hier muss sich das Bildungssystem an die Veränderungen der heutigen Zeit anpassen.

Doch nur geschultes Personal schafft es, all das Schüler:innen auch näher zu bringen. Deshalb braucht es kurz- bzw. mittelfristig vermehrt Fortbildungen für Lehrkräfte im digitalen Bereich. Langfristig ist jedoch klar, dass Digitalisierung auch einen Platz im Lehramtsstudium braucht.

Forderungen:

- Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von qualitativ-hochwertigem Internet an Schulen.



Antrag

- Wir fordern die flächendeckende Ausstattung von Schüler:innen mit Laptops bzw. Tablets, dieser darf nicht nur auf neue erste Klassen beschränkt sein.
- Wir fordern die flächendeckende Integration von digitalen Endgeräten in den Unterricht.
- Wir fordern, dass das 10-Finger-System in der Schule gelehrt wird.
- Wir fordern, dass die Chancen sowie Risiken von digitalen Medien vermehrt im Unterricht behandelt werden.
- Wir fordern die Thematisierung und Verwendung von künstlicher Intelligenz im Unterricht.
- Wir fordern, dass Lehrkräfte im digitalen Bereich geschult werden und langfristig Digitalisierung im Lehramtsstudium behandelt wird.



5. Digitalisierung und KI an Schulen

Antrag von: **Marius Hladik**, HTL Rennweg

Die unaufhaltsame Präsenz digitaler Technologien hat unsere Welt nachhaltig verändert, und doch hinkt unser Bildungssystem dieser Entwicklung hinterher. In einer Zeit, in der Medienkompetenz und Risikoaufklärung von entscheidender Bedeutung sind, müssen wir innovative Ansätze in der Bildung fördern. Von digitalen Stundenplänen bis zur Möglichkeit, Prüfungen am Laptop abzulegen, stehen wichtige Veränderungen an. Angesichts des sich ständig wandelnden wirtschaftlichen Umfelds sind Schulen gefordert, sich den Anforderungen des digitalen Zeitalters anzupassen.

Die Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie haben gezeigt, dass digitales Lernen möglich und effektiv ist. Jetzt ist die Zeit gekommen, unsere Bildungseinrichtungen zu modernisieren und sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden.

Damit Schülerinnen und Schüler dem Digitalen Know-How, welches in der Arbeitswelt benötigt wird, innerhalb ihrer Schullaufbahn gerecht werden, benötigt es folgende Punkte:

Forderungen:

- Fächerübergreifende Einbindung von ChatGPT im Unterricht.
- Verpflichtende Förderungen der Bildungsdirektion für Lehrer Weiterbildungen im Bereich Digitalisierung.
- Aufklärung im Unterricht über Gefahren, die digitale Medien und künstliche Intelligenz, nicht nur auf die gesamte Welt, sondern auch auf sich selbst mit sich bringen.
- Möglichkeit, während der Matura Texte am Laptop zu schreiben.



6. Bildung für alle

Antrag von: **Clemens Schütz**, Gymnasium und Realgymnasium Draschestraße

Für viele von uns sind Schulmaterialien, Projektwochen, digitale Endgeräte oder auch Nachhilfe selbstverständlich. Doch dass all diese Dinge Kosten verursachen, die für manche unbezahlbar sind, vergessen wir meist. Denn wir dürfen eines nicht vergessen: Schule ist nicht gratis. In Wien sind 26% der Haushalte armutsgefährdet. Besonders für diese Familien sind diese Kosten oft schwer tragbar. Es kann nicht sein, dass Schüler:innen aus finanziell schlechter ausgestatteten Familien schon in frühen Jahren Benachteiligung erleben müssen. Tatsächlich kostet ein Schuljahr in der Unterstufe in etwa 1400 Euro. In der Oberstufe steigt diese Zahl auf 1690 Euro. Dazu kommt dann auch noch, dass in der Oberstufe an vielen Schulen inzwischen ein Laptop verpflichtend ist. Dieser muss auch selbstangeschafft werden. Weiter gehts dann mit den Schulreisen. An unserer Schule übersteigen diese dieses Jahr bereits 1000 Euro für eine Woche.

Ob man nun in die Schule aus Hoffnungen geht, in eine höhere sozioökonomische Schicht aufzusteigen oder einfach nur, weil die Schulpflicht besteht, eines ist klar: Man kann gar nicht in die Schule gehen, wenn man das Geld dazu nicht hat. Denn: Bildung wird vererbt. Während 81% der Kinder aus Akademiker:innenfamilien mit der Matura abschließen, so sind es, wenn wir Arbeiter:innenfamilien betrachten nurmehr 31%. Es ist nicht akzeptabel, dass wir vielen Kindern die Chance auf einen Maturaabschluss und damit auf ein Studium verwehren, nur weil sie in eine einkommensschwache Familie geboren sind. Alle sollten zumindest die Wahl haben, was sie mit ihrem Leben machen wollen.

Bildung muss ein Gut für alle sein, abseits des Einkommens der Eltern. Wir brauchen finanzielle Förderung für Schulen, aber auch direkt an Personen. All das ist notwendig, um allen einen fairen Start ins Leben zu garantieren. Das muss bei ganz fundamentalen Dingen beginnen, wie einem kostenlosen täglichen warmen Mittagessen. Weiter muss es der Finanzierung von digitalen Endgeräten. Aber auch das reicht nicht aus: Es braucht auch finanzielle Hilfen für die Anschaffung von Schulmaterialien. Schulreisen sind unglaublich wichtig für die Entwicklung einer Klassengemeinschaft und trotzdem passiert es oft, dass Schüler:innen zurückbleiben müssen, weil sie es sich nicht leisten können. Zudem ist auch Nachhilfe unglaublich teuer. Es kann nicht sein, dass Menschen in der Schule durchfallen, nur weil sie sich keine Nachhilfe leisten können. Das ist nicht akzeptabel.

Wir müssen allen Menschen einen fairen Start ins Leben ermöglichen. Das fängt bei einer finanzierten Schulbildung an.



Forderungen:

- Erkennung von versteckten Kosten im Schulbetrieb
- Direkte finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Familien
- Bereitstellung von digitalen Endgeräten (wie Laptops, usw.) für Menschen, die sich diese nicht leisten können
- Zusätzliche Fördergelder an Schulen, um direkte finanzielle Hilfe ohne Bürokratie zu ermöglichen.
- Mehr finanzielle Hilfen für die Anschaffung von Schulmaterialien.
- Kostenloses Essen an Schulen für Kinder aus einkommensschwachen Familien.
- Finanzierung der Reisegelder für Schulreisen für Kinder aus einkommensschwachen Familien.
- Kostenlose Nachhilfeangebote



7. Verpflichtende Doppelkorrektur bei einer negativen Sprach-Matura

Antrag von: **Maximilian Pech**, Kollegium Kalksburg

Benotung, ein zentraler Punkt in unserem Schulsystem, der für uns alle von enormer Bedeutung ist. Noch größer wird diese Gewichtung selbstverständlicher Weise bei unseren letzten Prüfungen, der Matura.

Jedoch hängt unsere Note zu sehr an der subjektiven Interpretation einer einzelnen Lehrperson. Vor allem in Deutsch aber auch in anderen sprachlichen Fächern hat die Lehrkraft trotz einer einheitlichen Skala einen gewissen Spielraum, in dem sie willkürlich agieren kann. Nicht zu vergessen ist ebenfalls, dass in Meinungsorientierten Texten diese keine Veränderung der objektiven Benotung hervorrufen sollte.

Aus diesem Grund sollte eine negative Matura in diesen Fächern durch eine andere Lehrperson doppelt korrigiert werden. So könnte man die Fairness der Überprüfung besser sicherstellen und die Zentralmatura wäre wieder ein bisschen zentraler.

Deshalb fordere ich, eine verpflichtende Doppelkorrektur einer negativen sprachlichen Matura durch eine andere Lehrperson, sofern dies von der Schülerin oder dem Schüler gefordert wird.

Forderungen:

- Verpflichtende Doppelkorrektur, bei einer negativen Benotung einer Sprach-Matura, durch eine neue Lehrperson auf Anforderung des/der Schüler:in.



8. Mental Health Matters!

Antrag von: **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Lorenz Unger**, Grg 19 | **Victoria Korbietl**, GRG 5 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22

Dieser Antrag kommt euch bekannt vor? Er wurde schon gestellt. Und er wird weiter gestellt werden, bis die Politik uns anhört, denn Mental Health ist ein Thema bei dem man nicht schweigen kann.

Die Jugend wurde von der Coronakrise besonders hart getroffen. Soziale Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, Schüler:innen fühlten sich alleine gelassen und der Schulstress nahm beträchtlich zu. Die Jugend ist am meisten beeinflusst von der Klimakrise, viele haben keinen wirklichen Ausblick auf ihre Zukunft in 30-40 Jahren. Die Jugend leidet stark unter den aktuellen Krisen, viele junge Leute fürchten die Gewaltwellen aus der Ukraine, oder aus Israel/Palästina schwappen auch nach Österreich über. Doch wo bleibt die Politik?

Laut einer Studie des Gesundheitsministeriums leiden über 30% der Schüler:innen in der 11. Schulstufe an Zukunftssorgen. Einschlafschwierigkeiten, Gereiztheit, Nervosität und Niedergeschlagenheit sind in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen^[1]. Auch die besonders schweren Fälle steigen, über 15% der 18-Jährigen haben bereits eine klinisch schwere depressive Episode erlebt^[2].

Auch an Schulen sind ausgebildete Kinder- und Jugendpsycholog:innen eine Seltenheit. Für uns ist klar: Die psychische Gesundheit von jungen Menschen darf auch in Krisenzeiten nicht leiden. Genau aus diesem Grund braucht es den raschen Ausbau von professionellen Psycholog:innen an Schulen, die den Schüler:innen in stürmischen Zeiten eine starke Schulter bieten.

Es ist natürlich sehr schwierig, schnell die Anzahl der Schulpsycholog:innen zu erhöhen. Aber es ist notwendig, sofortige Maßnahmen zu treffen, um auf die Krise der mentalen Gesundheit von Schüler:innen zu reagieren. Hier sind Schule und das Ministerium gleichermaßen gefragt. Es muss eine niederschwellige Ansprechperson für jede:n Schüler:in geben. Das Konzept der Vertrauenspersonen ist ein gutes, das auch genutzt, ausgebaut und stärker forciert werden soll.

Damit Schüler:innen dieses Angebot jedoch erst in Anspruch nehmen, muss ein Bewusstsein bezüglich mentaler Gesundheit geschaffen werden. Nur wer weiß, dass es ihm/ihr nicht gut geht, kann auch Hilfe in Anspruch nehmen. Die Schule soll durch die vermehrte Thematisierung von mentaler Gesundheit im Regelunterricht zur Enttabuisierung beitragen.



Forderungen:

- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler:innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psycholog:innen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden.
- Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren
- Wir fordern eine ständige unabhängige Evaluierungskommission, die sich mit der Lage um Suizidprävention und mentaler Gesundheit an den Schulen Wiens beschäftigt, und dahingehend transparent Empfehlungen an Verantwortliche ausspricht.
- Wir fordern, dass bereits in der Unterstufe das Thema mentale Gesundheit in Form eines Workshops thematisiert wird, um den Schüler:innen eine möglichst frühe und neutrale Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen.
- Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Klassenvorständ:innen Fortbildungen mit Expert:innen zum Thema mentale Gesundheit bei Jugendlichen besuchen.
- Wir fordern eine zentrale Meldestelle in der Bildungsdirektion für Lehrer:innen, die das Thema mentale Gesundheit verharmlosen und Schüler:innen ein falsches Bild zu diesem Thema vermitteln.
- Wir fordern, dass an jeder Schule Wiens mindestens ein Workshop zum Thema Suizidprävention abgehalten wird. Die LSV kann hier nach Anfrage Organisationen die diese abhalten vermitteln.
- Wir fordern, dass bei einem Suizid oder einem versuchten Suizid eines/r Schüler:in mit sofortiger Wirkung eine Kommission eingesetzt wird, deren Aufgabe daraus besteht, das schulische Umfeld auf Mängel beim Thema Umgang mit mentaler Gesundheit zu untersuchen.

[1]:

https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=644&attachmentName=Psychische_Gesundheit_von_%C3%B6sterreichischen_Jugendlichen_PDFUA.pdf

[2]: <https://www.bildung-stmk.gv.at/dam/jcr:52ba099e-4c3d-45b4-8ad8-30be311370b3/Depressionen%20im%20Jugendalter.pdf>



9. Schulen brauchen Unterstützung

Antrag von: **Dejana Leimegger**, Amerlinggymnasium

Die Anzahl der Schüler:innen Wiens steigt durchgehend. Ebenso steigt der Bedarf an Schulsupportpersonal. Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verschlechtert und durch die Covid-19-Pandemie einen alarmierenden Höhepunkt erreicht: Mehr als jeder zweite Jugendliche leidet an depressiven Symptomen und sogar jeder Sechste denkt darüber nach, sich das Leben zu nehmen. Das sind alarmierende Zahlen, wo auch die Schule ansetzen muss, um das Problem wieder zu lösen. Jedoch wartet man in der Schule teilweise Wochenlang für einen Termin beim Schulpsychologen oder greift tief in die Tasche, um sich einen Termin bei einem Psychologen leisten zu können.

Daher muss das Supportpersonal an Schulen, wie z.B. Sozialarbeiter:innen oder Schulpsycholog:innen ausgebaut werden.

Forderungen:

- Ausbau von Schulsupportpersonal an Wiener Schulen



10. Was tun bei schlechter Lehrkraft?! – Regelmäßiger Lehrer:innenwechsel

Antrag von: **Paul Harms**, HLTW13 Bergheidengasse

Der/die Lehrer:in bestimmt in hohem Maß die Freude am Fach und am Lernen und ob man gerne in den Unterricht und in die Schule kommt. Durch die Notenvergabe bestimmen sie auch in weiten Teilen über unsere Zukunft. All das ist an sich kein Problem, wenn man eine/n gute/n Lehrer:in hat und gut mit ihm/ihr auskommt. Aber, wie wir alle wissen, gibt es nicht nur gute Lehrer:innen, sondern auch viele Lehrkräfte, mit denen man als Schüler:in zu kämpfen hat. Auch ist es so, dass im gleichen Fach, der/die gleiche Schüler:in, unter den gleichen Voraussetzung bei zwei verschiedenen Lehrer:innen, oft nicht die gleiche Note bekommt, da es eben immer viel Spielraum bei der Benotung, wie z.B.: bei der mündlichen Mitarbeit, gibt. Dieses System ist nicht fair! Das Benotungssystem zu ändern ist eine sehr große Herausforderung, deswegen mein Vorschlag regelmäßiger Lehrer:innenwechsel. Dies macht nicht nur das Benotungssystem sachlicher und mehr Leistungs- und Kompetenzorientiert, sondern auch die Schullaufbahn und den Unterricht abwechslungsreicher und die Voraussetzungen für die Abschlussprüfungen für alle fairer und gerechter.

Forderungen:

- Regelmäßig jährlicher Lehrer:innenwechsel für Fächer, mit Relevanz für die Abschlussprüfung.
- Buddy-System bei Lehrer:innen. Neue Lehrer:innen mit erfahrener Lehrer:innen werden zu „Buddys“ und müssen gemeinsam ihre Didaktik überprüfen und sich gegenseitig regelmäßig Feedback geben.
- Spontane Kontrollen der Lehrer während des Unterrichts. Keine angekündigten Unterrichtskontrollen mehr!
- Verpflichtende Feedback-Runden von der Schüler:innenseite nach dem Schuljahr.
- Benotungen müssen von einer zweiten Lehrkraft, die diese Klasse in dem Fach schon mal hatte, überprüft werden.
- Recht auf eine gute Lehrkraft von Schüler:innenseite.



Antrag

- Allgemeine Plattform für jede Schule, um Fehlverhalten und Missbrauch der Lehrer:innen zu melden.
- Transparenter Umgang bei Missbrauch und/oder Fehlverhalten der Lehrkräfte.
- Persönliche Empfindungen für die Schüler:innen von Lehrer:innenseite müssen aus der Benotung so gut es geht entfernt werden und dies muss auch kontrolliert werden, d.h. Lehrkräfte müssen begründen können, wie sie zu Ihrer Benotung gekommen sind.
- Schüler:innen wählen drei Lehrer:innen am Ende des Schuljahres, die sie für ein weiteres Jahr behalten möchten, beim Rest muss evaluiert werden, warum sie nicht eine der drei bleibenden Lehrkräfte sind, und im Zuge dessen wird eine andere Lehrkraft gesucht.



11. Erdbeerwoche – kein Problem!

Antrag von: **Victoria Korbiet**, GRG5 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | **Lea Hemedinger**, ORG1 |

Mit der Frage wie ich ein Tampon oder eine Binde in der Hose verstecken kann, sodass es ja niemand sieht müssen sich menstruierende Personen Tag für Tag herumschlagen. Doch warum schämen wir uns für eine absolut natürliche Situation? Bringen wir junge Menschen nicht mehr dazu sich für ihre Periode zu schämen und stellen Menstruationsartikel direkt auf den Toiletten zur Verfügung. Und zwar verpflichtend. Wir wollen das Tabu brechen und wir finden, dass es in der Verantwortung von Schulen liegt, den Schulalltag so angenehm wie möglich zu gestalten. Abgesehen davon das Tabu zu brechen ist Menstruation für viele Personen ein Abwesenheitsgrund und das kann die Schule nicht verantworten. Für Menstruationsartikel muss Geld aufgewendet werden, dass viele Personen nicht zur Verfügung haben. Periodenarmut ist ein echtes Problem, auch wenn es viele nicht wahrnehmen wollen. Uns ist bewusst, dass das Projekt an vielen Schulen bereits umgesetzt wurde, verpflichtend ist es aber jedoch noch nicht.

Um die Besorgung kümmert sich die Schüler_innenvertretung und die Finanzierung soll durch die Schule erfolgen wie zum Beispiel durch den Elternverein. Die direkte Verteilung auf den Toiletten kann ebenfalls von der Schüler:innenvertretung übernommen werden oder durch das Putzpersonal erfolgen.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende gratis Menstruationsartikeln auf Schultoiletten für menstruierende Personen.



12. Erste-Hilfe-Kurs: Lebenswichtig

Antrag von: **Manuel Jonovic**, BORG 3 | **Lorenz Unger**, GRG19 | **Lea Hemedinger**, ORG1

Erste Hilfe ist ein lebenswichtiges und vor allem lebensrettendes Thema. Dieses wird jedoch in vielen Schulen wenig bis gar nicht behandelt. Sofern ein Erste-Hilfe-Kurs in Schulen abgehalten wird, gilt dieser meistens nicht als Nachweis einer Unterweisung entsprechend des Führerscheingesetzes. Laut einer Umfrage haben etwas weniger als die Hälfte aller befragten Angst, bei Erste-Hilfe-Maßnahmen etwas falsch zu machen^[1]. Durch eine solche Angst können erst recht Fehler entstehen. Ein solcher Kurs kann vorbeugen und sollte außerdem auch als Nachweis für den Führerschein gültig sein.

Forderungen:

- Daher fordern wir, dass ein Erste-Hilfe-Kurs in Kooperation mit dem Österreichischem Roten Kreuz an Oberstufen durchzuführen ist, welcher als Nachweis für die erfolgte Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen entsprechend des Führerscheingesetzes-DV 1997, § 6 entspricht.

[1]: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230907_OTS0043/rotes-kreuz-jede-sekunde-zaehlt-erste-hilfe-rettet-leben



13. What to do after school? – Zivil oder Wehrdienst: der Zwiespalt

Antrag von: **Lorenz Unger**, GRG19 | **Manuel Jonovic**, BORG3 | **Deniz Helienek**, GRG22

Mit Ende der Schulzeit steht für die männlichen Schüler eine wichtige Entscheidung in ihrem weiteren Leben an. Denn zwischen dem Beginn des Studiums oder dem Eintritt in die Arbeitswelt gibt es noch eine weitere Station, die man durchlaufen muss. Der Wehrdienst beim Bundesheer oder die seit 1975 zur Verfügung stehende Alternative in unterschiedlicher Ziviler Form. Die häufigste ist der zumeist angestrebte neunmonatige Zivildienst. Aber für alle, die zum Beispiel einen Dienst im Ausland anstreben, besteht die Möglichkeit, sich in den Freiwilligendienst zu begeben und im Rahmen des Friedensdienstes oder des Freiwilligen Sozialen Jahres zu arbeiten. Doch für was soll man sich entscheiden und was sind eigentlich die oben genannten Möglichkeiten? Diese Fragen treffen jeden einzelnen Schüler oft vollkommen unvorbereitet. Leider bleibt dieses wichtige Thema im Leben jedes Bürgers unseres Landes auch während der Schulzeit unbehandelt. Obwohl die Schule genau der Ort sein sollte und müsste, wo sich Schüler unabhängig von großen Werbekampagnen über dem Dienst im Staat informieren könnten.

Forderungen:

- Wir fordern daher einen unabhängigen Informationstag rund um Wehrdienst und Zivildienst an Österreichs Schulen, damit man Schülern die Möglichkeit gibt unbeeinflusst eine Entscheidung für ihre Zukunft zu treffen.



14. Eine echte Demokratie, in der das Wahlrecht kein Privileg ist

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Lorenz Unger**, GRG 19 | **Victoria Korbiel**, GRG5

Es kann und darf nicht sein, dass das Wahlrecht bei LSV-Wahlen einer kleinen Minderheit vorbehalten ist. Eine Beschränkung des aktiven Wahlrechts auf einen zweistelligen Kreis fördert nur Freunderlwirtschaft und strukturelle Korruption. In Wien gibt es rund 160.000 Oberstufenschüler:innen, welche von insgesamt 24 Personen vertreten werden. Gewählt werden diese jedoch nur von weniger als 0,2% aller Wiener Schüler:innen, das wäre z.B. als würden nur die Bürgermeister den Nationalrat wählen dürfen. Es ist klar zu erkennen, dass Demokratie so nicht funktionieren kann, da so niemals die Interessen vertreten werden können, die den Großteil der Betroffenen wirklich am Herzen liegen. Um dem entgegenzuwirken, braucht es eine Ausweitung des Wahlrechts auf alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe. Die LSV-Mandate sollten proportional verteilt werden, um eine möglichst breite Repräsentanz der Meinungen innerhalb unserer gesetzlichen Vertretung zu gewährleisten.

Forderungen:

- Wir fordern eine proportionale Verteilung der LSV-Mandate, welche durch eine Direktwahl ermittelt wird. Hierbei soll jede:r Oberstufenschüler:in die Möglichkeit bekommen, die eigene Vertretung auf Landesebene zu wählen, um ein demokratisches System zu gewährleisten.
- Wir fordern vor dieser Direktwahl eine großflächige Aufklärung aller Oberstufenschüler:innen über die Aufgabenbereiche, Rechte und Möglichkeiten der LSV, erst nach dieser kann eine Direktwahl qualitativ hochwertig sein.



15. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Alexis Küntzel**, GORG20

Zurzeit befinden sich Lehrer:innen in einer Doppelfunktion, bestehend aus Mentor:in und Lektor:in, die inkompatibel und in sich unvereinbar ist. Durch die Diskrepanz der geforderten Rollen, ergibt sich eine unzureichende Ausführung beider und in Folge Arbeitsineffizienz. Daher fordern wir die Trennung der belehrenden und korrigierenden Rolle und setzen uns für anonymisierte Korrekturen durch eine dritte Lehrkraft ein. So schaffen wir es eine Ansprechperson für die Schüler:innen zu schaffen, die sie nicht zeitgleich benotet, womit das Verhältnis zielgerichtet der Funktion von Lehrer:innen entspricht und eine vertrauliche und offene Atmosphäre schafft. Dies hat nicht nur positive Auswirkungen auf das zwischenmenschliche Verhältnis, sondern auch auf die Klassen- und Schumatmosphäre

Forderungen:

- Daher fordern wir, dass jegliche Leistungsbeurteilungen von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem jeweiligen Schüler/ der jeweiligen Schülerin steht.



16. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung

Antrag von: **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Lorenz Unger**, GRG19 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 |

Oftmals gibt es an Schulen Seminare, Workshops oder Veranstaltungen mit dem Ziel, Schüler:innen davon abzuhalten, Drogen zu konsumieren. Obwohl es natürlich wichtig ist, die Gefahren solcher Substanzen aufzuzeigen und davor zu warnen, ist es, unserer Meinung nach, mindestens genauso wichtig, darüber zu sprechen, wie man verantwortungsvoll damit umgehen kann und welche Konsequenzen es geben kann. Dies sollte jedoch aus einer Sicht passieren, die illegale Substanzen nicht verteufelt, denn so erreicht man die Schüler:innen meistens am wenigsten.

Drogen existieren so gut wie überall und es ist heutzutage sehr einfach, an verschiedenste Substanzen zu kommen und die Chance, dass man damit in Verbindung kommt, ist, wie die meisten vermutlich bestätigen können, enorm hoch. Daher ist es essentiell, die Jugendlichen darauf vorzubereiten und ihnen Verantwortung beizubringen. Denn im Endeffekt sind sie selbst dafür verantwortlich, was sie in ihrer Freizeit tun, wobei Verbote und Regeln oft genau das Gegenteil bewirken, was sie eigentlich als Ziel haben.

Forderungen:

- Daher fordern wir mehr objektive, wissenschaftlich-basierte Aufklärung über Drogen und Suchtmittel an Schulen, welche bestenfalls von Personen mit Erfahrung in diesem Gebiet durchgenommen wird.



17. Der Weg zur Europäischen Schule

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Hakem Kasem**, GRG5

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag junger Menschen in vielerlei Hinsicht, konditioniert deren Lebensrealitäten und bietet Chancen und Möglichkeiten, unterdessen das europäische Gefühl der Einheit und der länderübergreifenden Zusammenarbeit immer mehr in den Hintergrund gerät und dem eigentlichen Einführungsgrund opponiert. Anstatt einheitliche Standards zu fördern, den transnationalen Kontakt zu vereinfachen und die politische Identifikation zu den Entscheidungsträgern sicherzustellen, stagnieren wir in Reformüberlegungen, erschaffen nationale Einzellösungen und daraus resultierend ein Europa des Einzelnen.

Allen voran Jugendlichen entgehen durch die zunehmende Bürokratisierung von Vorgängen und dem Dissens der Kompetenzträger über Optimierungsprozesse Möglichkeiten und Perspektiven, die nicht nur eine persönliche Weiterentwicklung torpedieren, sondern uns als Einheit schwächen, betrachtet man das entgangene Potential.

Ein gebildetes Europa arbeitet nicht nur die länderspezifische Historie und Gegenwart auf, sondern forciert das Erlernen der europäischen Geschichte und der Entwicklungen der Einzelstaaten an Schulen, um zum einen unsere durchaus vielschichtige Vergangenheit zu beleuchten und zum anderen auf aktuelle Vorgänge aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Ein gemeinsames Europa sollte nicht nur maßgebliche Prozesse standardisieren, hingegen vielmehr nuanciert Mindestnormen etablieren, wobei dies vorrangig Bildungseinrichtungen betrifft, werden die Sprachvielfalt sowie die diversen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten berücksichtigt. Projekte wie Erasmus+ erleichtern die grenzüberschreitende Kollaboration, doch erschweren die uneinheitlichen Abschlussniveaus die Einbindung einzelner Gruppen und verringern den Wirkungsgrad. Wie die Einführung der Zentralmatura in Österreich zeigt, bewähren sich normierte Abschlussprüfungen und obstruieren die Entstehung von Bildungsgefällen und Prüfungstourismus. Weiters gilt es soziökonomischen Unterschiede abzufangen und die Förderungsmöglichkeiten treffsicherer zu gestalten.

Es braucht also eine wirkliche europäisierte Bildung, gemeinsame Standards und mehr Kontakt mit anderen Ländern.



Forderungen:

- Wir fordern, das bestehende Curriculum um weitere Schwerpunkte hinsichtlich der europäischen Geschichte sowie einzelner aktueller Entwicklungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.
- Wir fordern eine schrittweise Standardisierung der Abschlussprüfungen, sowie des Lehrplans bezüglich gleichwertiger Lehrfächer auf europäischer Ebene.
- Wir fordern den niederschweligen Ausbau des Erasmus+ Projekts samt Informationskampagnen, ebenso wie die Subventionierung des Programms für ökonomisch benachteiligte Familien.



18. Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite

Antrag von: **Victoria Korbiet**, GRG5 | **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Hakem Kasem**, GRG5

Wir alle kennen es, dieses Gefühl der Unsicherheit und Hilflosigkeit. Das erste Jahr an einer neuen Schule. Man kennt niemanden und das Gebäude selbst auch nicht. Unzählige Fragen schwirren den Schüler:innen der 1. Klasse in den Köpfen umher. Wäre doch alles leichter, wenn man jemanden hätte der sich um die Dinge kümmert, um die sich ein Klassenvorstand nicht kümmern kann oder möchte. Vor allem sind manche Dinge auch einfach nicht angedacht sie mit dem Klassenvorstand zu besprechen. Klar ist außerdem, dass Kinder und Jugendliche sich lieber an Gleichaltrige wenden oder an jemanden wenden, der oder die selbst noch Schüler/Schülerin ist. Zumindest das erste Monat, in welchem sich Schüler:innen allein zurechtfinden müssen sollte es für jede Klasse einen Buddy geben.

Dieser Buddy sollte jemand aus der Oberstufe sein, oder jemand, der zumindest eine Klasse über den 1. Klässlern ist. Die Probleme der 1. Klässler werden teilweise von Lehrer:innen nicht verstanden oder sind nicht nachvollziehbar, deshalb ist ein Buddy für jede Klasse eine ausgleichende Alternative. Buddys sprechen vor allem auch die „selbe Sprache“ und wissen teils besser mit Situationen umzugehen. Auch werden Gleichaltrige eher als neutrale Person wahrgenommen als Lehrkräfte oder Sozialarbeiter.

Zusammengefasst sollen Buddys für alle Erstklässler eine Anlaufstelle sein. Sie bieten anfänglich regelmäßige Betreuung im ersten Monat und danach nur noch phasenweise Unterstützung.

Forderungen:

- Wir fordern die Verstärkung und Verdichtung des Buddy-Systems an Österreichs Schulen um 1. Klässler:innen bestmöglich in den Schulalltag zu integrieren.



19. Sei eine Avocado!

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | **Arman Shariat**, VBS Akademiestraße | **Victoria Korbiet**, GRG5

Avocados sind perfekt, wenn sie mittelreif und aus Zentralamerika sind. Genauso wichtig wie eine zentrale mittlere Reife. Doch was ist es, was man braucht für das Leben nach der Schule? Am Ende der Pflichtschule sollen wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten haben. Doch wie kann man sicher gehen, dass das der Fall ist? Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Um aber niemanden sein Leben lang in die Schule zu zwingen, läuft die Schulpflicht auf jeden Fall mit dem 18. Geburtstag aus. Die zentrale mittlere Reife soll keine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Es braucht keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute Zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Forderungen:

- Einführung der zentralen mittleren Reife am Ende der Schulpflicht



20. §39 – zu schön um wahr zu sein?

Antrag von: **Pepe Loibner**, GRG6 Rahlgasse, **Maja Ahrens**, HBLFA für Gartenbau, Schönbrunn

Die Geschäftsordnung der LSV Wien. Offensichtlich die Regelung an die sich die LSV zu halten hat um effizientes und transparentes Arbeiten sicherzustellen, jedoch kann die Geschäftsordnung noch so utopisch sein, wenn sie nicht eingehalten wird. Nehmen wir den Paragraph 39 "Die LSV muss die Schüler:innenvertretungen mittels Newsletter regelmäßig über die Umsetzung der Anträge informieren."

Ich weiß nicht wie es euch geht, liebe SVen Wiens, aber ich habe noch kein einziges Mail erhalten, in dem mir der Fortschritt der LSV über die Anträge des SiPs berichtet wurde.

Forderungen:

- Die Landesschüler:innenvertretung hat ihrer Pflicht nachzukommen den Paragraphen 39 ihrer eigenen Geschäftsordnung zu erfüllen.



21. Use your time wisely

Antrag von: **Hakem Kasem**, GRG5 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Deniz Helienek**, GRG22 |

In Nebenfächern, in denen keine Schularbeiten abgehalten werden, zählen Lehrkräfte auf Mitarbeitersleistung, Tests, aber auch auf Präsentationen. Diese müssen immer zuhause vorbereitet werden, sowohl der Inhalt muss recherchiert werden als auch die Abhaltung der Präsentation muss zuhause geprobt werden. Das ist Zeit, die zusätzlich verloren geht, um sich auf wichtige Prüfungen vorzubereiten und führt im Endeffekt durch einen größeren Aufwand zum wirklichen Schulstress. Deswegen fordern wir, dass Präsentationen in Nebenfächern ausschließlich in Unterrichtsstunden vorbereitet werden dürfen. So wird Schülerinnen und Schülern im Unterricht Zeit zur Verfügung gestellt, um Präsentationen zu dem vorhergesehenen Stoff auszuarbeiten. Im Endeffekt sind Präsentationen laut Lehrplan nicht vorgeschrieben, nur der Lehrstoff ist vorgeschrieben. Wie dieser den Schülerinnen und Schülern vermittelt wird, hat die Lehrkraft selbst zu entscheiden. In vielen Fällen werden Präsentationen als beliebte Methode gesehen, jedoch gibt es viele Alternativen wie Workshops, Teamarbeiten oder interaktive Aufgaben.

Unsere Forderung soll die Anhäufung von Präsentationen im Generellen vermeiden und Lehrkräfte dazu motivieren auch andere Unterrichtsmethoden anzuwenden.

Forderungen:

- Wir fordern, dass Präsentationen in Nebenfächern nur in der dafür vorgesehenen Unterrichtszeit vorbereitet werden dürfen und nicht zuhause.



22. Schule ohne Gott und mit Verstand

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | **Lorenz Unger**, GRG19

In Deutschland ist Ethikunterricht schon seit langem etwas ganz normales, auch manche österreichische Schulen bieten diesen schon an. Doch leider machen das noch nicht viele und in den meisten Fällen wird er nur als eine Alternative für jene Schüler:innen, die den konfessionellen Religionsunterricht nicht besuchen wollen, angeboten.

Nach aktueller Gesetzeslage dürfen Schülerinnen und Schüler erst mit dem Erreichen der Religionsmündigkeit, also derzeit mit 14 Jahren, selbst darüber entscheiden, ob sie den Religionsunterricht besuchen wollen oder nicht. Bis dahin ist das die Aufgabe der Eltern. Im Idealfall beachten diese natürlich den Willen ihrer Kinder, doch trotzdem sollten Schülerinnen und Schüler ihre Religion selbst wählen können, vor allem in der Schule!

Ethikunterricht auf der anderen Seite ist der beste Weg, um sich nicht nur zu versichern, dass Schülerinnen und Schüler der Lage sind, die verschiedensten Weltanschauungen zu verstehen, sondern er kann auch die Basis dafür schaffen, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Erreichen ihrer Religionsmündigkeit eine fundierte Entscheidung treffen können, ob und welche Religionsbekenntnis diese haben wollen.

Außerdem sollte Schule ein Ort sein an dem sich alle Schüler:innen gut aufgehoben fühlen. In jeder öffentlichen Schule hängt in Österreich jedoch derzeit noch ein Kreuz an der Wand. Für alle mit nicht-christlichem Bekenntnis ist das natürlich eine starke Nachricht. Es vermittelt, dass diese Schülerinnen und Schüler, die es oft sowieso schon schwerer als andere haben, nicht wirklich zur Schulgemeinschaft gehören und, dass dort andere Religionen nicht als gleichwertig betrachtet werden.

Forderungen:

- Wir fordern also, dass Religionsunterricht an Schulen erst angeboten wird, wenn Kinder frei entscheiden können, ob sie diesen besuchen wollen. Ethikunterricht soll bis zur 9. Schulstufe verpflichtend sein.



Antrag

- Des Weiteren soll sich die LSV dafür einsetzen, dass sich an öffentlichen Schulgebäuden keine Religiösen Zeichen befinden dürfen.



23. Diskutieren geht über Studieren

Antrag von: **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Lea Hemedinger**, ORG1 | **Lorenz Unger**, GRG19

Leider ist der Stand der Dinge so, dass es an vielen österreichischen Schulen noch immer viel zu viel Frontalunterricht gibt. Dadurch lernen die Schüler:innen insgesamt weniger, da man viel leichter abgelenkt und unkonzentriert wird. Außerdem lernt man so nur Fakten auswendig, jedoch nicht Dinge zu hinterfragen und selbst zu denken.

Diskussionen im Unterricht zu verschiedensten Themen hingegen sorgen dafür, dass Schüler:innen lernen, selbst zu denken und Dinge zu hinterfragen und zu reflektieren. Außerdem lernt man, seine eigenen Standpunkte zu vertreten und sich eine Meinung zu bilden bzw. die Meinung anderer zu verstehen. Dies hilft nicht nur bei der Festigung des Stoffs, sondern bringt auch das Erlernen von Fähigkeiten mit, die unfassbar wichtig für das spätere Leben an Hochschulen oder in der Berufswelt sind.

Forderungen:

- Wir fordern die Verankerung von mehr Diskussionen zur Stoffvermittlung im Lehrplan aller Schulen.
- Wir fordern Fortbildungen für Lehrkräfte, wo gezielt zu diesen Themen gearbeitet wird, damit Diskussionen effektiv als Mittel im Unterricht eingesetzt werden können.



24. Paper-and-Pencil-Aufgaben, dass Konzept aus der Zukunft?

Antrag von: **Arman Shariat**, VBS Akademiestraße | **Amir Salman**, GRG21 | **Victoria Korbiet**, GRG5

Wieder einmal wurde für den Schultyp AHS eine grundlegende Änderung für die Mathematik Matura beschlossen. So gibt es zum Beispiel eine neue Agenda für die Matura 2025: Dort sollen dann grundlegende Rechenaufgaben in Paper-and-Pencil-Manier bewältigt werden. Dies ist der Punkt wo man beginnt den Kopf zu schütteln. Denn jahrelang hat man den Oberstufenschüler:innen abtrainiert, etwas mit der Hand zu rechnen. Typischerweise musste ein CAS-Programm oder ein CAS-fähiger Taschenrechner herhalten um mit der SOLVE-Funktion Gleichungssysteme zu lösen. Rein theoretisch wird das händische Rechnen ja auch erlernt. In der Praxis jedoch verkommt diese Fähigkeit, da das bloße Rechnen nahezu nichts mit mathematischen Grundkompetenzen zu tun hat. Nun soll also die mathematische Tugend wieder hochgehalten werden. Grundsätzlich ist dieser Schritt zu befürworten. Völlig offen ist jedoch, in welcher Intensität diese Beispiele auftreten werden. Einen bloßen Spaziergang mit völlig grundlegenden Beispielen als Teil einer schriftlichen Matura wird es wohl kaum geben. Sobald aber diese Paper-and-Pencil-Aufgaben ein Stück weit interessanter werden, wird es höchstwahrscheinlich wieder an einer echten Vorbereitung dafür fehlen. Denn der Matheunterricht ist seit jeher zeitlich unterdimensioniert. Es wurde Platz geschaffen: Parabeln, Ellipsen, Hyperbeln und meistens auch Kreise wurden begraben. Damit auch die klassischen Extremwertaufgaben. Genauso sind Folgen und Reihen ein reiner Nischenstoff geworden. Sprich: Der Mathestoff der Oberstufe blieb am Papier zwar gleich, aber in der Praxis wird vor allem der Maturastoff abgedeckt. Und natürlich wurde durch die Verwendung technischer Hilfsmittel Zeit gespart. Vor allem die Grundkompetenzen, welche nun wieder zum Einsatz kommen sollen wurden häufig vernachlässigt.

Forderungen:

- Daher fordern wir, eine angemessene Matura Anpassung und die nötige Vorbereitung um die Paper-and-Pencil-Aufgaben bewältigen zu können.



25. Fair Play im Zeugnis

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Hakem Kasem**, GRG5 | **Arman Shariat**, VBS Akademiestraße | **Victoria Korbiel**, GRG5

„Bewegung und Sport“ ist eines der Fächer, in denen den Lehrkräften am meisten Freiraum gelassen wird. Das wirkt sich natürlich auch auf die Benotung aus, die je nach Lehrer:in oft sehr unterschiedlich ausfällt. Aber ist das überhaupt fair, und sind Noten in diesem Fach überhaupt geeignet?

Viele wissenschaftliche Arbeiten zeigen, dass es Sportlehrkräfte, in einem Benotungssystem das stark auf Beobachtung basiert, nicht schaffen über jede:n Schüler:in andauernd Notizen zu machen. Falls eine Lehrperson pro Stunde immer nur eine:n bestimmte:n Schüler:in beobachtet, ist das aber ebenso ungerecht, da diese dann keine laufende Aufzeichnungen erstellt. In der Dissertation der Sportwissenschaftlerin Clarissa Feth erläutern mehrere Lehrer:innen, dass sie es dadurch auch für sehr schwierig halten eine womögliche Leistungsentwicklung festzustellen.

Das wohl häufigste Problem bei Noten ist das Konkurrenzdenken, das unwillkürlich bei den Schüler:innen entsteht. Gerade im Sportunterricht kann dies nicht nur zu Streitigkeiten und Beleidigungen im Unterricht führen, sondern in manchen Fällen auch zu Ausschluss und Mobbing. Bei Schüler:innen, die in den sonstigen Gegenständen schlechte Noten haben, ist es absehbar, dass es wegen der Enttäuschung zur Abminderung der Motivation kommt. Besonders im Sportunterricht ist das fatal, da eines der Ziele im Schulsport sein sollte, die Schüler:innen zur lebenslangen sportlichen Betätigung zu begeistern.

All dies zeigt das eine objektive und gerechte Beurteilung im Fach „Bewegung und Sport“ förmlich unmöglich und auch kontraproduktiv ist!

Forderungen:

- Anstelle der Beurteilung nach Noten von 1-5 sind Teilnahmevermerke (Teilgenommen/Nicht Teilgenommen) in das Jahreszeugnis aufzunehmen
- Abschaffung der Möglichkeit praktische Prüfungen sowie Referate durchzuführen, um die Aspekte Bewegung und sportliche Betätigung im Unterricht hervorzuheben



26. Echter Klimaschutz in der Schule

Antrag von: **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Hakem Kasem**, GRG5 | **Victoria Korbiel**, GRG5 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22

Die Klimakrise ist die große Herausforderung unserer Zeit. Schaffen wir es nicht, die Erderwärmung zu bremsen, wird das für uns alle katastrophale Folgen haben. Vor wenigen Monaten erst hat uns der IPCC, der Klimaexpert:innenrat der UN, an die Dringlichkeit dieser Herausforderung erinnert: Es bräuchte unmittelbare und drastische Reduktionen des CO₂-Ausstoßes, um die globale Erwärmung noch auf unter 2°C seit der industriellen Revolution beschränken zu können. Wir müssen also handeln, und zwar bald.

Unsere Verantwortung als Schüler:innenvertreter:innen ist es, Veränderung dort einzufordern, wo es uns am meisten betrifft: Der Schule. Auch im österreichischen Schulsystem besteht nämlich dringender Handlungsbedarf. Wir müssen damit beginnen Ressourcen in der Schule besser und effizienter zu nutzen und den CO₂-Fußabdruck der Schulen zu senken. Echten Klimaschutz gibt es aber nur, wenn man ein echtes Konzept vorlegen kann. Genau das versucht dieser Antrag zu tun.

Eine echte Veränderung wird es nämlich nicht geben, wenn wir auf symbolische Verbote von oben herab setzen. Wir sind darauf angewiesen, dass die Direktionen und die Schulpartner im SGA dazu motiviert sind, es besser zu machen. Dass sie kreative Wege suchen, die wirklich funktionieren und an ihre Schule angepasst sind. Es braucht also Anreize! Ein Belohnungssystem ist hier die Lösung: Jedes Jahr soll der Fußabdruck aller Schulen erhoben werden. Daraus soll ein Ranking entstehen. Die Schulen, die ihren CO₂-Ausstoß am stärksten senken konnten, bekommen dafür vom Bildungsministerium eine Prämie. So entsteht ein Wettbewerb um die besten Lösungen und Modelle. Die klimafreundliche Schule ist nämlich eine Schule des mutigen Wettbewerbs und nicht der Verbote.

Es gibt aber natürlich auch Schulen, die sich besonders schwer tun werden. Deshalb wollen wir, dass die 10% der Schulen, mit dem höchsten CO₂-Ausstoß direkt von Expert:innen in Sachen Klimaschutz unterstützt werden. Zusammen mit diesen Profis vom Bildungsministerium sollen diese Schulen einen maßgeschneiderten Fahrplan für die Reduktion ihres CO₂-Fußabdrucks entwickeln.



Antrag

Um das Bildungssystem insgesamt CO₂-neutral zu gestalten, müssen aber noch weitere Maßnahmen gesetzt werden: Neubauten von Schulen sollten höchsten ökologischen Standards entsprechen! Genauso muss es den Schüler:innen ermöglicht werden, möglichst ohne Emissionen zu ihrer Schule zu kommen: Wir begrüßen hier grundsätzlich das Klimaticket ist eine große Chance für den öffentlichen Verkehr, es braucht aber auch einen weiteren Ausbau der Bahn- und Businfrastruktur, damit möglichst jede:r Schüler:in seine oder ihre die Schule ohne Auto erreichen kann. Hier gilt es auch, gerade in den Städten, für sichere Fahrradwege zu sorgen.

Um die ökologische Transformation der Schulen zu schaffen, braucht es aber auch eine Ausbildungsoffensive. Hierbei muss einerseits den Direktionen wichtiges Know-How mitgegeben werden, damit sie effizient selbstständig Maßnahmen für klimafreundliche Schulen vor Ort setzen können. Andererseits müssen die Schüler:innen selbst lernen, wie sie eigenverantwortlich klimafreundlicher leben können. Hierbei sollten auch klimafreundliche Projekte von Schüler:innen an ihren Schulen gezielt gefördert werden.

Forderungen:

- Belohnungssystem für die Ökologisierung von Schulen: Jährliche Erhebung des CO₂-Fußabdrucks aller Schulen. Jedes Jahr soll der CO₂-Fußabdruck aller Schulen erhoben werden, und die Schulen mit der größten Verbesserung im Vergleich zu Vorjahr werden vom Bildungsministerium belohnt. Die 10% der Schulen mit den größten Problemen sollen gezielte Experten-Unterstützung bekommen.
- Höchste ökologische Standards beim Neubau von Schulen und Berücksichtigung von vorhandener Bahninfrastruktur, sowie Schaffung guter öffentlicher Anbindung. Wir fordern, dass beim Neubau von Schulen höchste ökologische Standards eingehalten werden. Zugleich muss auch dafür gesorgt werden, dass die Bahninfrastruktur zu Schulen ausgebaut wird.
- Ausbildungsoffensive für Direktionen und Schüler:innenvertretungen zur Senkung von Emissionen und stärkere Behandlung des Klimawandels im Lehrplan.



27. Eigenes Budget für Schüler_innenvertretungen

Antrag von: **Kimi Viramo**, BHAKWIEN22 | **Angelina Ristic**, BHAKWIEN22

Wir alle bemühen uns jeden Tag mit unserer Arbeit in der Schüler_innenvertretung das Leben in der Schule für Schüler_innen so gut wie möglich zu gestalten. Doch für eine Verbesserung an unseren Schulen und in unserem Schulsystem generell braucht es oftmals doch mehr als unser Engagement.

Gerade für schulinterne Projekte der SV wie etwa diverse Feiern und Veranstaltungen oder Menstruationsartikel, etc. braucht die Schüler_innenvertretung nicht nur ihre Motivation, sondern auch Geld. Die Umsetzung dieser Projekte ist dann leider oftmals von den finanziellen Mitteln der Schule bzw. der Gnade der Schulleitung oder der Unterstützungsbereitschaft des Elternvereins abhängig. Mit einem eigenen SV-Budget hätten allerdings wienweit alle Schüler_innenvertretungen die gleichen Chancen, Veränderung zu schaffen.

Doch wie genau kann ein Budget für die SV aussehen? Ganz einfach: Jede Schüler_innenvertretung bekommt einen vom Budget der Schule abhängigen Betrag zur Verfügung gestellt - 250€ pro Semester wären aber gut - aus dem gegen Quittungen der Ausgaben Geld entwendet werden kann. Damit von diesem Budget allerdings ausschließlich die Schüler_innen und nicht die Personen der SV profitieren, muss eine Einnahme-Ausgaben-Rechnung von der Schüler_innenvertretung geführt werden, welche von der/ dem Finanzbeauftragten der Schule kontrolliert wird.

Die Nutzung dieses Budgets soll individuell bleiben. Das heißt, falls die SV mal mehr Geld als die Basis des SV-Budgets braucht, kann immernoch die Schulleitung/ der Elternverein um Unterstützung gebeten werden. Bei einem geringeren Verbrauch der finanziellen Ressourcen soll das SV-Budget für das nächste Semester aufgehoben werden, sodass es am Semesterbeginn immer auf €250,- aufgefüllt wird.

Ein Budget für die Schüler_innenvertretung erspart nicht nur die Arbeit der ständigen Anfragen für finanzielle Unterstützung, sondern ermöglicht auch neue Projekte einfacher und rascher durchzusetzen.

Forderungen:

- Jede Schüler_innenvertretung an einer Wiener Schule soll ein Basis-Budget bekommen. Dieses Budget soll jedes Semester auf 250€ aufgefüllt werden.



Antrag

- Die Schüler_innenvertretungen müssen bei Nutzung dieser finanziellen Ressourcen eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung vorlegen können und sollen dabei Unterstützung von der/ dem Finanzbeauftragten der Schule bekommen, welche/r auch als Kontrollinstanz wirken soll.



28. Schulsport an die Interessen der Schülerinnen und Schüler anpassen

Antrag von: **Florian Albrecht**, GRG19/Bi26 Billrothgymnasium

So wie geistige Ertüchtigung gehört auch gezielte sportliche Betätigung zu einer verantwortungsvollen Persönlichkeitsbildung innerhalb des Schulunterrichts. Das Schulfach „Bewegung und Sport“ sollte Schülerinnen und Schülern dabei helfen, einen gesunden Bezug zum Sport zu entwickeln – tut dies aber mehr schlecht als recht.

Mit 2 – 4 verpflichtenden Schulstunden pro Woche in der weiterführenden Schule, wo sowieso jede Woche viele Minuten mit Vor- und Nachbereitung verloren gehen, ist der Unterricht im Vergleich zu den „Sitz-Fächern“ zu kurz. Zusätzlich möchte man sich im Unterricht nicht auspowern, da man danach meist noch ein anderes Fach hat und man nicht komplett verschwitzt in die Klasse gehen möchte.

Und gerade für Schülerinnen und Schüler, die am Nachmittag im Fitness-Studio ihrer Leidenschaft nachgehen oder in einer Kampfmannschaft spielen, ist der Turnunterricht besonders ungeschickt. Sport findet meist am Nachmittag, wo oft auch Trainings sind, statt – so findet man sich in einem Dilemma wieder. Entweder schwänzt man den Unterricht und riskiert die eigene Zeugnisnote und Sympathie bei der Lehrperson oder man verpasst wichtige Trainingseinheiten. So können Schülerinnen und Schüler nicht effizient im Fitnessstudio trainieren, da sie vom Unterricht erschöpft sind und verlieren im Vergleich zu ihren Kameradinnen und Kameraden wichtige Trainings im Verein.

Deshalb gehört der Sportunterricht endlich angepasst, damit alle Schülerinnen und Schüler aktiv beim Unterricht mitmachen oder sich freistellen können, um ihrer Leidenschaft gezielt nachgehen zu können.

Forderungen:

- Freistellung für den Sportunterricht bei besonderer Wichtigkeit in der Mannschaft eines Sportvereins.
- Freistellung für den Sportunterricht bei Mitgliedschaft in einem Fitness-Studio. Dies bei regelmäßigen Besuch, der über die Stundenanzahl des regulären Sportunterrichts hinausgeht oder dieser entspricht.
- Sportunterricht, wenn möglich, als letztes Fach des Schultages.



Antrag

- Verstärkte Förderung von individuellen sportlichen Interessen durch unverbindliche Übungen und Landeswettbewerbe.



29. Mitbestimmung auf allen Ebenen.

Antrag von: **Pepe Leibner**, GRG6 Rahlgasse, **Ronja Folie**, GRG6 Rahlgasse

30 Stunden. So viel Zeit verbringe ich jede Woche in der Schule.

Und genauso viele Stunden in der Woche verbringe ich in einem Unterricht bei dessen Gestaltung ich in keinsten Weise mitbestimmen kann. Das muss sich ändern.

Die Schule sollte nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch der Vorbereitung auf die Zukunft sein, ein Ort, an dem wir uns voll entfalten können. Die Tatsache, dass wir in der Schule nicht die Möglichkeit haben, uns zu spezialisieren; uns in bestimmten Bereichen intensiver auf unseren nächsten Bildungsweg vorzubereiten lassen, ist nicht zukunftstauglich.

Die Möglichkeit uns in der Schule miteinzubringen und proaktiv zu entscheiden womit wir unsere Tage verbringen ist eine der wichtigsten Weichen, die wir für die Bildungswende stellen können. Eine Schule, die diese Möglichkeit nicht bietet, läuft Gefahr, ihre Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend auf die vielfältigen Anforderungen des Lebens vorzubereiten. Hiermit wird außerdem die Eigenverantwortlichkeit der Schüler:innen gestärkt und ihre Selbstständigkeit und Selbstorganisation gefördert.

Im Bildungssystem von morgen gibt es keinen Platz für inflexible, starre Stundentafeln – genau deswegen sollten wir jetzt damit beginnen sie zu hinterfragen.

Forderungen:

- Die Möglichkeit ab der Sekundarstufe II die Stundentafel innerhalb eines bestimmten Rahmens mitzubestimmen
- Den Bildungsgrad innerhalb eines Faches durch die Wahl eines von mehreren Kursen zu verändern



30. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe)

Antrag von: **Lorenz Unger**, GRG19 | **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22

Einige Schulen in Wien haben das System der neuen Oberstufe bereits umgesetzt. Der Großteil der Schulen in Wien sträubt sich jedoch noch immer gegen die Einführung der NOST an allen Schulen. Mit guter Begründung. Wirft man einen Blick auf die Zahlen der Schulerfolge an einer Schule mit neuer Oberstufe lässt sich erkennen, dass diese marginaler ausfallen als die an einer Schule ohne NOST. Doch die NOST wurde damals genau deswegen eingeführt, um Schülerinnen und Schülern einen positiven Schulerfolg trotz ihrer Schwächen zu ermöglichen. Guter Gedanke, schlechte Umsetzung. Wenn man das System der neuen Oberstufe genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man ein Gerüst an unendlich konfuse Bestimmungen und Regeln. Lehrer:innen, Schüler:innen, Eltern und sogar Direktoren haben keinen genauen Überblick. Außerdem birgt die NOST einen enormen Aufwandsfaktor für Lehrer:innen. Tatsache ist, dass jedes Semester mit einem Jahreszeugnis abgegolten wird. Die neue Oberstufe hat keine Halbjahresnoten oder -zeugnisse. Sobald man einen Gegenstand in einem Semester negativ abgeschlossen hat, muss der Schüler oder die Schülerin sich dieses Fach anhand einer Semesterprüfung (welche eine Prüfung über das gesamte Semester darstellt) ausbessern. Drei Antritte bleiben einen, bis diese Prüfung zu einer fixen Parkplatzprüfung wird. Schüler:innen mit Lernschwächen, denen dieses System eigentlich unter die Arme greifen sollte, sammeln jedoch einige Semesterprüfungen in unterschiedlichen Fächern und haben zum Ende hin einen Brocken an Semesterprüfungen, die teils nicht mehr zu bewältigen sind. Schafft der Schüler oder die Schülerin die letzte Form dieser Prüfung, die genannte Parkplatzprüfung nicht, wird er oder sie österreichweit gesperrt und darf nicht mehr zur Matura antreten. Somit war der gesamte Aufwand seitens der Lehrer:innen und Schüler:innen quasi umsonst – das Endresultat dieser neuen Oberstufe sind bestens ausgebildete Fachkräfte ohne Matura, jedoch auf Maturaniveau.

Forderungen:

- Wir fordern das Auslaufen der aktuellen NOST-Jahrgänge und die generelle Abschaffung dieses irreführenden Systems.



31. Mobilität muss leistbar sein

Antrag von: **Sophie Wöhrer**, HLW Willergasse

Ich möchte eure Aufmerksamkeit mit diesem Antrag auf ein wichtiges Thema lenken, welches besonders die einkommensschwachen Haushalte in Wien betrifft. Wie viele von euch möglicherweise bereits wissen, ist das Benutzen der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien keine billige Angelegenheit. In Wien gelten 26% der Haushalte als armutsgefährdet. Dies stellt eine erschreckende Wahrheit dar, die wir nicht ignorieren dürfen. Schule ist für viele eine Chance, aus dieser Realität zu entfliehen. Dafür müssen sie aber erst einmal überhaupt zur Schule kommen können. Für andere, ist Schule einfach eine Pflicht. In allen Fällen müssen sie aber erst einmal überhaupt zur Schule kommen können. Egal ob TOP-Jugendticket oder Schulticket, alle diese Angebote der Wiener Linien haben eines gemeinsam: Sie sind nicht billig.

Doch es würde nicht ausreichen, nur den Schulweg kostenlos zu machen. Schule ist nicht alles. Jeder Mensch braucht neben der Schule auch Ablenkung. Wir dürfen uns nicht mit dem absoluten Minimum zufriedengeben. Was es braucht, ist kostenlose Mobilität für alle Schüler:innen Wiens.

Das dies möglich ist, beweist Wien jeden Sommer aufs Neue. Im Sommer dürfen Schüler:innen nämlich bereits jetzt schon kostenlos alle öffentlichen Verkehrsmittel verwenden. Wenn man dann kontrolliert wird, reicht es aus, den eigenen Schüler:innenausweis herzuzeigen. Wenn es bereits jeden Sommer geschafft wird, was hindert daran, es auf das gesamte Jahr auszuweiten?

Doch für viele reicht Wien nicht aus. Zahlreiche Personen, welche hier in die Schule gehen, leben in Niederösterreich oder Burgenland. Dann gehört leicht der Weg von Niederösterreich nach Wien dazu. Wenn man nun kein TOP-Jugendticket besitzt, so braucht es zwei verschiedene (nicht billige) Schultickets. Auch wenn wir nun gratis Mobilität innerhalb von Wien erreichen, so würde es Schüler:innen geben, welche ausgesperrt sind. Für diese ist es notwendig, dass wir dafür sorgen, dass der Weg von und nach Wien kostenlos wird.

Durch die Umsetzung dieser Maßnahme könnten wir die Gesellschaft und Politik langsam zu einem Umdenken in Richtung kostenloser Verkehrsmittel denken. Als Land mit einer Schulpflicht ist es unerlässlich, sicherzustellen, dass alle Schüler:innen sowie Lehrlinge ohne finanziellen Mehraufwand in die Schule kommen können. Unternehmen wir gemeinsam die notwendigen Schritte, um eine gerechtere und nachhaltigere Mobilität für alle Schüler:innen Wiens zu schaffen.



Forderungen:

- Alle Schüler:innen der Stadt Wien sollen ganzjährig kostenlos die öffentlichen Verkehrsmittel in Wien verwenden dürfen.
- Alle Schüler:innen, welche außerhalb von Wien leben, sollen auch kostenlos Verkehrsmittel benutzen dürfen, welche von ihrem Wohnort nach Wien oder umgekehrt verlaufen.



32. Autonomie und Entpolitisierte Schule – Schulversuch Österreich

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Lorenz Unger**, GRG19 | **Hakem Kasem**, GRG5

Schulautonomie ist essenziell für ein funktionierendes Bildungssystem. Daher sollten weder Bund noch Land die bestimmenden Instanzen unseres Bildungssystems sein. Die Entscheidungskompetenz über Bildung soll dort liegen, wo diese auch stattfindet: an den Schulen selbst. Das Bildungsministerium beschränkt sich darauf, den Rahmen, wie Finanzierung, Bestellung der Schulleitung, Leistungsvergleichungs-Tests zur Qualitätssicherung oder das Verbot von politischer und religiöser Indoktrination, des Bildungssystems festzulegen. Die Schulen erhalten die Freiheit, selbst über das Bildungsangebot, über Inhalt und Form der Lehre, Beurteilungskriterien und -form, sowie über die eigenen Ausgaben zu entscheiden.

Was wir heute als Schulversuch kennen, soll in Zukunft für jede Schule gelten. Natürlich wird es für alles Vorlagen geben, an die sich Schulen jedoch keineswegs halten müssen. So sorgt man dafür, dass sich Schule nach den Lernenden richtet und nicht nach dem Bildungsministerium oder Stadtschulrat. Einen gesetzlichen Rahmen muss es natürlich weiterhin geben, doch es soll trotzdem Wege geben, diesen Rahmen für weitreichende Schulkonzepte zu überschreiten. Mit Schulautonomie kommen Jedoch nicht nur mehr Kompetenzen für die Direktion, sondern auch der SGA sollte mehr Entscheidungsfreiheit bekommen.

Schule kann jedoch nur dann wirklich autonom sein, wenn sie nicht durch politische Parteien beeinflusst wird. Im 21. Jahrhundert müssen die Parteibücher raus aus dem Direktorenzimmer. Direktorenposten dürfen nicht mehr nach Parteifarbe und Parteifreundschaften vergeben werden. Im Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden, um einer jeden Schule die bestmöglichen Bedingungen für Entwicklung geben zu können.

Forderungen:

- Wir fordern mehr autonome Entscheidungsmöglichkeiten für Schulen, um ihr Bildungsangebot bestmöglich anzupassen.
- Bei jeder, das Schulleben verändernden Entscheidung soll der SGA mit einbezogen werden.



Antrag

- Die politische Unabhängigkeit der Direktion muss selbstverständlich werden und zu jederzeit gegeben sein.
- Wir fordern, dass der Schulbudgetplan durch den SGA bestätigt werden muss.
- Wir fordern, dass die Direktion alle fünf Jahre vom SGA bestätigt werden muss. Für eine einmalige Verlängerung des Mandats soll eine einfache Mehrheit reichen. Darüber hinaus soll es eine $\frac{2}{3}$ Mehrheit benötigen.



33. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir Gefällt

Antrag von: **Lorenz Unger**, GRG19 | **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Deniz Helienek**, GRG22 |

Schule sollte sich nach den individuellen Interessen und Begabungen der Schüler:innen richten. Falls sie sich dieser schon mit 14 bewusst sind, gibt es in Österreich Berufsbildende Höhere Schulen die manche Interessen abdecken. Für jene, die sich in dem Alter noch nicht entscheiden können, heißt es dann erstmal 4 weitere Jahre AHS, wo sie mit Sicherheit neue Interessen entwickeln, die unser Schulsystem jedoch komplett ignoriert.

In Deutschland kann man in der 11. Schulstufe entscheiden, ob man Fächer abwählen will oder andere intensivieren will. Natürlich steht das dann im Zeugnis, jedoch hilft es Schüler:innen wahnsinnig ihren Interessen nachzugehen.

Wir denken, dass Oberstufenschüler:innen jedes Schuljahr selbst über ihren Stundenplan entscheiden können sollten. Nebenfächer sollten komplett abgewählt werden können, solange ein anderes intensiviert (verdoppelt) wird oder ein neues hinzugefügt. Schularbeitsfächer müssen absolviert werden, könnten jedoch auch halbiert oder intensiviert werden.

Natürlich muss es Beratung geben, die nicht nur bei der Wahl des Stundenplans hilft, sondern auch über die besten Möglichkeiten auf Basis des Stundenplans zur Weiterbildung während und nach der Schule informiert.

Es soll weiterhin die Zentralmatura gelten, doch natürlich angepasst an den Stundenplan und auch mit einem entsprechendem Maturazeugnis.

Forderungen:

- Schüler:innen sollen zu einem gewissen Grad selbst über ihren Stundenplan entscheiden können
- Die Interessen von Schüler:innen sollen an erster Stelle stehen und Ausgebildete Berater:innen sollen sie auf ihrem Schulweg begleiten.
- Die Zentralmatura soll an dieses System angepasst werden



34. SiPs, aber auch mal für alle

Antrag von: **Hakem Kasem**, GRG5 | **Deniz Helienek**, GRG22 | **Lorenz Unger**, GRG19

Wir leben in einer Welt, wo uns klar und deutlich vor Augen geführt wird, wo Autokratien hinführen. Gerade in dieser Zeit ist die Demokratie nicht wegzudenken. Dennoch ist Demokratie ohne eine Gesellschaft, die diese täglich mit Leben erfüllt, nur ein Wort ohne Bedeutung. Dass wir in einer solchen Staatsform leben, ist nicht selbstverständlich. Wir müssen die Demokratie immer wieder beleben und hochhalten.

Echte Demokratie beginnt aber nicht erst mit dem Wahlrecht. Echte Demokratie beginnt dort, wo die Zukunft der Gesellschaft und Demokratie gebildet wird – in der Schule. Je stärker der Fokus auf Demokratie und Mitbestimmung schon in der Schule ist, desto stärker wird er auch in Zukunft sein. Wir müssen Schüler:innen einen Gestaltungsraum bieten. Als Schüler:innenvertreter:innen ist es unsere Pflicht, die Stimme der einzelnen zu stärken und uns dafür einzusetzen.

Für die vollumfängliche Demokratisierung der Schule braucht es mehr als einen Ansatzpunkt - es braucht ein Maßnahmenpaket, das verschiedenste Bereiche betrifft. Zum einen braucht es die Demokratisierung der höchsten Instanz einer Schule – der Direktion. Es braucht eine Direktion, die das Vertrauen der Schulgemeinschaft hat.

Es gibt viele Schüler:innenvertreter:innen mit guten Ideen. Aber sie sind nicht die einzigen in einer Schule, die gestalten sollen. Um jedem und jeder Schüler:in Gehör zu verschaffen, braucht es schulinterne SiPs. Klar ist, dass hier die LSV in die Offensive gehen muss, mit Konzepten und Hilfestellungen vor Ort, an den Schulen. Echte Demokratie muss eben vor Ort passieren.

Demokratie heißt auch, dass der SGA aufgewertet wird. Natürlich muss das auch geschehen mit Fortbildungen zum Beispiel für die Mitglieder, aber ein wichtiger Bestandteil ist auch, die Kompetenzen auszuweiten. Darunter muss auch fallen, dass der SGA, also alle Interessensvertreter:innen, den Schulbudgetplan abstimmen. Das führt zu mehr Demokratie und Transparenz. Echte Demokratie bedeutet auch Finanztransparenz.

Damit aus Worten auch Taten werden und das schulinterne SiP nicht nur ein Debattierclub mit spannendem Namen ist und die SV etwas umsetzen kann, braucht es ein partizipatives Budget. Letztendlich sind es wir Schüler:innen, die eine Schule mit Leben erfüllen. Deshalb soll der SGA finanzielle Mittel für Projekte der SV oder dem schulinternen SiP freigeben können. Echte Demokratie bedeutet Mitspracherecht auch in finanzieller Hinsicht.



Antrag

Zu guter Letzt müssen Schüler:innen auch dahingehend ausgebildet werden, Demokratie zu verstehen. In der Schule kommt echte Demokratiebildung oft zu kurz. Es soll aber nicht daran liegen, wie engagiert die Lehrer:innen sind, ob man das System Demokratie versteht und leben kann. Deshalb braucht es für Institutionen-, Demokratie- und Medienbildung ein eigenes Schulfach ab der 7. Schulstufe. Echte Demokratie beginnt im Klassenzimmer.

Forderungen:

- Wir fordern, dass die LSV proaktiv dabei unterstützt, schulinterne SiPs durchzuführen.
- Wir fordern, dass der SGA im Rahmen des Budgetplans finanzielle Mittel für Projekte der SV bzw. des schulinternen SiPs freigeben kann.
- Wir fordern politische Bildung mit dem Inhalt Institution-, Demokratie- und Medienbildung als eigenes Schulfach ab der 7. Schulstufe.



35. Wieso können wir nicht einfach mehr Geld drucken?

Antrag von: **Hakem Kasem**, GRG5 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | **Lorenz Unger**, GRG19

Wenn ein:e Schüler:in sich nicht gerade für einen wirtschaftlichen Schwerpunkt oder eine Schule mit Wirtschaftsschwerpunkt entschieden hat, ist es oft nahezu unmöglich, zu verstehen, wie die Wirtschaft funktioniert und was beim Thema Finanzen zu beachten ist, solange sie sich nicht in ihrer Freizeit aktiv damit beschäftigen.

Dies kann zwei schwerwiegende Folgen haben: Einerseits wird man, ohne genügend Grundwissen, oft zu Unrecht behandelt, da jene Akteure, die sich gut mit der Materie auskennen, das System zu ihrem Vorteil auszunutzen. Des Weiteren ist ein gewisses Basiswissen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen unumgänglich, wenn man sich in der Demokratie beteiligen will, da diese Sparten oft zu den entscheidenden Punkten bei Wahlen zählen.

Genau deswegen finden wir es so wichtig, dass alle Schüler:innen die Bildung bekommen, die sie brauchen, um sich in der Welt zurechtzufinden. Immer wieder fallen in den Medien oder Werbungen Begriffe, wie beispielsweise Aktien, Kredite, oder der Verbraucherpreisindex, wovon viele junge Leute leider nur sehr wenig verstehen. Es ist von großem Vorteil, wenn man durch Unterrichtsfächer wie Betriebswirtschaftslehre oder Volkswirtschaftslehre wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen kann. Außerdem ist es wichtig, Unternehmen zu verstehen und bereits Kindern beizubringen, wie man mit Geld richtig umgeht.

Forderungen:

- Daher fordern wir die gesetzliche Verankerung altersgerechter wirtschaftlicher und finanzieller Bildung im Lehrplan aller österreichischen Schulen, da ein Grundwissen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes, finanzielles Leben ist.
- Außerdem fordern wir, dass die finanziellen und wirtschaftlichen Themen von Morgen, wie beispielsweise digitale Währungen, bereits heute unterrichtet werden.



36. Mitschreiben nach Wunsch

Antrag von: **Lorenzo Eder**, Contiweg

Wir alle kennen dieses Phänomen. Die Lehrkraft fordert uns auf etwas mitzuschreiben und wir schreiben es brav auf einem Zettel auf und dieser verschwindet nach dem Unterricht für immer. Daher fordere ich den Schüler*innen die Wahl zwischen digitalen und analogen Aufzeichnungsmethoden zu ermöglichen. Diese Entscheidung bietet viele Vorteile, die unsere schulische Erfahrung bereichern können.

Die individuellen Lernpräferenzen der Schüler*innen sollten berücksichtigt werden, denn nur man selbst weiß, wie man am effizientesten lernt. Einige ziehen es vor, digitale Geräte wie Laptops oder Tablets für Mitschriften zu verwenden, während andere die traditionelle Methode mit Stift und Papier bevorzugen. Die Möglichkeit der Wahl würde sicherstellen, dass nach den eigenen individuellen Bedürfnissen gelernt werden kann.

Digitale Mitschriften können dazu beitragen, den Lernprozess zu organisieren und zu optimieren. Die Suchfunktionen und die leichte Zugänglichkeit von digitalen Notizen würden den Lernprozess effizienter gestalten. Die Option zur digitalen Mitschrift kann auch Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen unterstützen. Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Lernschwierigkeiten könnten von digitalen Hilfsmitteln profitieren.

Die Förderung der digitalen Fähigkeiten ist in der heutigen Gesellschaft von großer Bedeutung. Die Entscheidung, digitale Mitschriften zu ermöglichen, würde auf die Anforderungen der modernen Welt vorbereiten.

Forderungen:

- Möglichkeit, ab der 9. Schulstufe frei entscheiden zu dürfen, ob die Mitschrift vom Unterricht digital (z.B. mit Laptop/Tablet), oder analog erfolgt



37. Du bist nicht du wenn du hungrig bist

Antrag von: **Levi Lansky**, VES Paulinengasse

Als unfreundlichste Stadt der Welt sind wir Wiener:innen bekannt für unseren (meist) gutgemeinten Grant. Der kann ja auch manchmal ganz charmant sein – weniger reizvoll wird er allerdings, wenn man hungrig ist. Nicht nur kennen das die meisten aus persönlicher Erfahrung, auch zahlreiche Studien bestätigen es: Wenn man „hangry“ ist, leidet darunter die eigene Stimmung und damit auch die des sozialen Umfelds. Das ist vielerorts ungünstig, aber erst recht im Klassenzimmer.

Leider herrscht an manchen Schulen ein kompletter Mangel an Möglichkeiten, seinen Hunger in einer leistbaren und gesunden Form zu stillen. Natürlich könnte man sich auch selbst vor Schulanfang Essen besorgen, aber nicht alle haben die Zeit oder das Geld dafür. Sie müssen dann bis Schulende oder zumindest bis zur langen Pause ohne eine Mahlzeit auskommen. Das ist nicht nur für die Klassendynamik schädlich, es beeinträchtigt auch einen effektiven Lernprozess. Denn dieser kann durchaus intensiv sein und uns Schüler:innen schnell erschöpfen. Mit adäquater Ernährung kann dem entgegengewirkt werden.

Viele Schulen lösen das, indem sie durch Automaten oder eine Kantine allen Schüler:innen eine Auswahl an leistbaren Speisen und Getränken anbieten. Doch es ist nicht nur wichtig, dass man isst, sondern auch, was man isst. Leider fehlt selbst Schulen mit Essensmöglichkeiten ein gesundes und zeitgemäßes Ernährungsangebot. Dadurch wird Schüler:innen, die sich gesund ernähren wollen, das Leben schwer gemacht – und generell unsere Gesundheit außen vor gelassen.

Forderungen:

- Garantierte Essensmöglichkeiten an allen Wiener Schulen mit einem leistbaren, nachhaltigen und gesunden Angebot an Speisen und Getränken.



38. Softskills in die Schule

Antrag von: **Elena Kitting**, BAfEP8

Uns allen ist die Aufgabe „halte ein Referat über Thema xy“ bekannt. Wie man dabei allerdings richtig auftritt, professionell artikuliert und welche Tipps und Tricks es bei Aufregung und Blackouts gibt, wird allerdings nie im Unterricht thematisiert. Da diese Skills nicht nur für die Schule, sondern auch für Vorstellungsgespräche oder das spätere Berufsleben von unverzichtbarem Wert sind, ist es wichtig, ein Freifach mit dem Thema „Rhetorik und Selfmarketing“ einzuführen, um genau auf diese Wissenslücken einzugehen. Für viele mag dies zwar sonnenklar scheinen, doch man hat ja bekanntlich nie ausgelernt.

Forderungen:

- Verpflichtende Einführung einer unverbindlichen Übung für Rhetorik / Selfmarketing



39. Internship your life

Antrag von: **Lorenz Unger**, GRG 19 | **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Lea Hemedinger**, ORG1

An vielen Schulen Wiens ist die Absolvierung eines Praktikums, egal ob Ausland oder Inland bereits verpflichtend. Dies zeigt uns immer wieder wie essenziell ein Praktikum für eine frühe Berufserfahrung, die persönliche Entwicklung und das Knüpfen von Kontakten ist. Damit sich Schüler:innen auch bestmöglich darauf vorbereiten können benötigt es mehr Unterstützung seitens der Schule. Durch die Einführung eines Praktikums-Komitee würde dies optimal funktionieren! Die Aufgaben dieses Komitees wären unter anderem Schüler:innen bei Recherche und Bewerbungsprozess beistehen, regelmäßig Stellenanzeigen an Interessent:innen senden, bei Auswahl des Praktikumsplatz unterstützen, gemeinsam auf das Praktikum vorbereiten, während des Praktikums für Notfälle erreichbar sein und gemeinsam mit Schüler:innen das absolvierte Praktikum nachbereiten. Dabei ist es wichtig, dass sich Schüler:innen im Vorhinein bestimmte Ziele setzen, sodass das Praktikum auch einen Nutzen hat. Die Entscheidung, ob es dazu dienen soll sprachliche Kenntnisse zu verbessern, das im Praxisunterricht erlernte anzuwenden oder um sich beruflich besser orientieren zu können muss den Schüler:innen selbst überlassen werden. Dieses Komitee würde sich aus jeweils einer Lehrkraft pro angebotener Fremdsprache und zwei zusätzlichen Lehrkräften zusammensetzen. So wäre jede Fremdsprache vertreten und zusätzliche Hilfe ebenfalls gewährleistet. Außerdem muss Schüler:innen das nötige Wissen zu jeglichen Förderprogrammen wie beispielweise Erasmus+ mitgegeben werden, sodass diese vermehrt in Anspruch genommen werden.

Im Endeffekt sollte es in der Interesse der Schulen liegen ihre Schülerschaft bei der Sammlung früher Berufserfahrung zu bestärken und zu unterstützen.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung eines Praktikums-Komitee an allen Schulen Wiens.
- Wir fordern vermehrte Praktikum-Informationsveranstaltungen an allen Schulen Wiens.



40. Bildung für eine Zukunft.

Antrag von: **Miriam Messinger**, GRG6 Rahlgasse, **Pepe Loibner**, GRG6 Rahlgasse

Wir alle wachsen mit der immer größer werdenden Bedrohung des Klimawandels auf. Milliarden von Menschen weltweit und ganze Länder müssen sich anpassen. So auch unser Schulsystem. Um zeitgemäß auf aktuelle Themen einzugehen, ist es dringend erforderlich, dass eine umfassende Aufklärung über den Klimawandel flächendeckend in unserem Schulsystem integriert wird. Die Tatsache, dass Schülerinnen und Schüler, die tagtäglich zur Schule gehen, nicht in der Lage sind, wissenschaftlich anerkannte Fakten zum Klimawandel in Diskussionen gegenüber anderen anzuwenden, stellt eine versäumte Verantwortung des Bildungssystems dar.

Wir dürfen nicht vergessen, dass in unseren Schulen die nächste Generation ausgebildet wird, eben diese nächste Generation nicht auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten bringt weitreichende Konsequenzen für die Zukunft unserer Gesellschaft mit sich. Schüler:innen müssen nicht nur die Komplexität des Klimawandels verstehen, sondern auch über konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems informiert werden.

Es ist an der Zeit, dass unser Bildungssystem eine Vorreiterrolle übernimmt und die notwendigen Werkzeuge zur Verfügung stellt, um eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Klimawandel zu ermöglichen. Dazu gehört nicht nur das Vermitteln von Wissen, sondern auch das Fördern von kritischem Denken, Empathie und Handlungsbereitschaft. Nur so können wir sicherstellen, dass die kommende Generation nicht nur als Opfer des Klimawandels betrachtet wird, sondern auch als aktive Gestalterinnen und Gestalter einer nachhaltigen Zukunft agiert.

Forderungen:

- Klimabildung endlich in unseren Lehrplänen verankern.



41. „Ihr sitzt jetzt eh freiwillig da!“

Antrag von: **Lorenz Unger**, GRG19 | **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Amir Salman**, GRG21 |

Die Oberstufe - Erhöhter Stress, erhöhte Schularbeitsdichte, höher erforderter Selbstständigkeit und eine höhere Anzahl an Wochenstunden, gerade an BMHSen. Dadurch ist es oft schwer für Schularbeiten/Tests/Wiederholungen aber auch generell Zeit zum Lernen für die Fächer einzuplanen, in denen man eventuell leistungsschwächer ist. Jede:r hat Fächer in denen er/sie schwächer ist, und wo es notwendig wäre den Fokus mehr auf diese zu legen, man muss jedoch generell immer in allen Unterrichtsfächern anwesend sein und die Lernschwerpunkte in seiner Freizeit setzen.

Sinnvoller wäre es in den Fächern, in denen man leistungstärker ist, die Stunden in denen man Anwesend ist vermindern zu können. Diese Möglichkeit bietet das SchuUG jedoch leider nicht. Eine Reform würde hier aus unserer Sicht sehr nützlich sein. Nicht nur um den Schüler:innen mehr Selbstständigkeit die „School-Life-Balance“ mehr ins Gleichgewicht zu bringen, sondern auch um die Schüler:innen mehr Selbstständigkeit zu ermöglichen.

Den Lehrkräften würde eine solche Reform die Möglichkeit bieten mehr auf die leistungsschwächeren Schüler:innen einzugehen, während sich die leistungstärkeren Schüler:innen auf andere Fächer konzentrieren können. Dies würde beim Ausgleich eines eventuellen Leistungsungleichgewichts helfen.

Forderungen:

- Bei Leistungsstand „Sehr Gut“ einer/eines nicht mehr schulpflichtige:n Schüler:in recht auf Fernbleiben vom Unterricht in jenem Fach durch eine schriftliche Erlaubnis der Lehrperson, die bei Verschlechterung des Leistungsstandes sofort widerrufen werden muss. Zudem müssen mindestens 75% der Schulstunden in jenem Fach auch mit jener schriftlichen Erlaubnis besucht werden. Bei Schularbeiten gilt weiterhin die Anwesenheitspflicht.



42. Lehrer:in, aber attraktiv!

Antrag von: **Paul Fischer**, Öffentliches Gymnasium der Stiftung Theresianische Akademie

Nein, dieser Antrag fordert nicht, dass unsere Lehrer:innen attraktiver werden sollten. Dieser Antrag fordert, dass es attraktiver sein soll, den Beruf des Lehrers bzw. der Lehrerin auszuüben.

Der Lehrkräftemangel ist vor allem in Wien ein großes Problem. Zu Schulbeginn hieß es, dass 200 Lehrkräfte noch fehlen würden. Die Schulen mit Quereinsteiger:innen zu füllen, die oft kaum eine pädagogische Ausbildung haben, ist kurzfristig eine gute Idee, doch als nachhaltige Lösung nicht brauchbar.

Es gibt jedoch auch Bundesländer, bei denen das Problem bei weitem nicht so akut ist. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt Wien mit Prämien und Aktionen das Lehramt wieder attraktiv macht!

Forderungspunkte:

- Die Stadt Wien soll Maßnahmen ergreifen, um das Lehramt in Wien zu attraktivieren.
- Einführung eines gratis Öffi-Tickets für Lehrer:innen.
- Bezahlung der Studiengebühren für Lehrer:innen, die nebenbei noch weiter studieren



43. Bildung in Krisenzeiten.

Antrag von: **Pepe Loibner**, GRG6 Rahlgasse

Seit über einem Monat erreichen uns erschreckende Nachrichten aus dem nahen Osten. Und auch in unseren Klassenzimmern ist die Diskussion angekommen, das ist für alle Beteiligten belastend: von Schüler:innen, die über Social Media mit Nachrichten und Bildern der Gewalt konfrontiert werden, zu Lehrpersonen, die sich jetzt oftmals mitten in Diskussionen über Palästina finden und nicht ausreichend vorbereitet sind um zu moderieren oder die Situation zu veranschaulichen.

Allein der Satz "Können wir über Palästina reden?" fiel in meinem Unterricht schon dutzende Male, in verschiedensten Fächern und bringt Lehrpersonen aller Schulstufen in prekäre Situationen.

Trotzdem ist es immens wichtig, dass Lehrpersonen diesen Diskurs fördern und darüber aufklären, hierbei ist es unsere Pflicht als alle, die das Schulsystem verbessern wollen, zu unterstützen. Das ist nicht nur wichtig für uns als Schüler:innen, sondern für alle Menschen in unserer Gesellschaft, die sich gegen Extremismus einsetzen wollen.

Mehrere gemeinnützige Vereine bieten Bildungsmaterial zum aktuellen Konflikt mit verschiedenen Themenschwerpunkten, für alle Schulstufen. So beispielsweise das Projekt "Extremismusprävention" der OAD, das Lehrpersonen mit Vereinen gegen Extremismus vermittelt. Alle Angebote sind geprüft.

Forderungen:

- Die Landesschüler:innenvertretung hat die Internetseite des Projektes "Extremismusprävention macht Schule" (<https://extremismuspraevention.oead.at/ep/angebote>) und der Bildungsdirektion Wien ("<https://www.bildung-wien.gv.at/service/Aktuelles/Nahostkonflikt----ber-Krieg-reden.html>") an alle Schüler:innenvertretungen weiterzuleiten, um das Organisieren von Workshops zum aktuellen Konflikt zu vereinfachen.



44. Recht und Politik am Stundenplan

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Lorenz Unger**, GRG19 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | **Hakem Kasem**, GRG5

„Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir“, ist ein bekanntes Zitat aus einem Brief Senecas an seinen Schüler, welches sich auch auf die heutige Zeit übertragen lässt, bedenkt man den aktuellen Lehrplan. Die Schule ist ein Ort des Lernens und der Entwicklung und je nach Schultyp mit verschiedenen Schwerpunkten, doch gilt es den Schüler:innen grundlegende Kompetenzen, die unabhängig von ihrer weiteren schulischen Laufbahn wichtig sind, beizubringen.

Lehrfächer wie Mathe, Deutsch oder Englisch sind wichtig und unentbehrlich. Abgesehen davon merkt man schnell, dass die Schule wichtige Grundlagen des täglichen Lebens einfach nicht behandelt. Zwar sollte die Schule viele Themengebiete umfassen, diese aber so ausgestalten, dass alle Lebensbereiche abgedeckt sind.

Besonders auffällig ist das Fehlen rechtlicher sowie politischer Bildung im Rahmen eines eigenen Unterrichtsfachs, vor allem wenn man bedenkt wieviel Einfluss diese Themengebiete auf jeden einzelnen haben. Keine andere Thematik schneidet so sehr ins tägliche Leben ein wie diese beiden. Und vielleicht gerade deshalb werden diese Gebiete mit viel Misstrauen bedacht. Dieses Misstrauen darf nicht verurteilt werden, es muss Aufklärungsarbeit geleistet werden sodass jede:r Mitbestimmen kann wie ein Vertrauenswürdiges System auszusehen hat.

Demokratie- und Gesellschaftspolitisch ist das Fehlen dieses Fach besonders auffällig, da es dem Grundgedanken des mündigen Bürgers entgegenwirkt, wenn nicht sogar schadet. Daraus ergibt sich dass die Einführung dieses Fachs damit verbunden sein muss, umfassend auf politische Fragestellungen sowohl allgemein als auch aktuell einzugehen und das über die ländergrenzen hinweg und aus Europäischer Sicht. Damit Verbunden, gilt es die Grundzüge des Rechtssystems auf nationaler und auch auf internationaler Ebene zu beleuchten und Zusammenhänge aufzudeuten. So soll sichergestellt werden, dass es der Bevölkerung von jungen Jahren an möglich ist sich in unserem Rechtsstaat zurechtzufinden und einzubringen.

Forderungen:

- Wir fordern, die Trennung des Lehrgegenstandes Geschichte von politischer Bildung, hingehend zu einem eigenen Fach „Recht und Politik“.



Antrag

- Wir fordern eine spezifische und aktuelle Ausbildung des Lehrkörpers hinsichtlich dieser Erneuerung, um die Qualifikation sicherzustellen.
- Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Informationsmöglichkeiten an Schulen, zu unserem politischen sowie rechtlichem System.



45. Wann kommen wir in der Zukunft an

Antrag von: **Arash Bayat**, AHS Antonkriegergasse

Täglich hören wir von neuen Technologien, die uns das Leben und die Arbeit leichter machen, doch viel bekommen wir davon in den Schulen nicht mit.

Vielen fehlt das notwendige Wissen, wie man seine Produktivität mithilfe von elektronischen Endgeräten fördert und das obwohl wir seit Jahren so fortgeschritten in der Technologie sind. Weiterbildungen für Schüler_innen, sowie Lehrer_innen bezüglich technischer Aufklärung können deutliche Verbesserungen und Erleichterungen in der schulischen (Zusammen-)Arbeit vorweisen. Den ständig aufkommenden Problemen bei der Arbeit mit Stift und Papier wird mit beispielsweise Laptops entgegengewirkt, da die einzige Sorge nur ein voller Akku ist.

Ein ebenso großes Problem ist die Aufbewahrung von Dokumenten, wie Hausaufgaben, Präsentationen, oder anderen schulischen Mitschriften. Dafür wäre eine von der Schule zur Verfügung gestellte Cloud die beste Lösung, da das Speichern und Abrufen somit leicht und von überall aus möglich ist.

Doch durch die derzeitige Teuerung, fällt es jedoch Manchen schwer das nötige Geld für ein elektronisches Endgerät zusammenzutreiben. Hier soll die Schule unterstützen können, damit die Möglichkeit auf Bildung nicht von der finanziellen Situation abhängt.

Forderungen:

- Einen verpflichtenden Einsatz von Laptops für die Deutsch und Englisch Schularbeiten und der Matura.
- Workshops für Lehrer_innen bezüglich technischer Aufklärung und wie man mit elektronischen Endgeräten den Unterricht einfacher gestalten kann.
- Eine Schul-Cloud für alle Schüler_innen, sowie Lehrer_innen.
- Finanzielle Unterstützung seitens der Schule, falls die Möglichkeit nicht gegeben ist sich ein Endgerät selber zu finanzieren.



46. Erste Hilfe

Antrag von: **Jasin Eitelby**, Technologisches Gewerbe Museum – HTBLuVA Wien XX

Menschen in Not benötigen dringend Hilfe – dies ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch gesetzlich vorgeschrieben. Wir sind dazu verpflichtet, in Notfällen oder Unglückssituationen innerhalb unserer Möglichkeiten Hilfe zu leisten. Die Fähigkeit, angemessene Erste Hilfe in Notsituationen zu leisten, kann Leben retten. Oftmals macht schnelles Handeln den entscheidenden Unterschied zwischen Leben und Tod aus.

Jedoch ist es eine Tatsache, dass viele Jugendliche, insbesondere diejenigen, die keinen Führerschein erwerben möchten, niemals die Gelegenheit haben, einen Erste-Hilfe-Kurs zu besuchen. In solchen Fällen besteht ihre beste Handlungsoption im Notfall darin, den Rettungsdienst zu alarmieren, der im Normalfall mehrere Minuten braucht, um am Unfallort anzukommen. Minuten, die entscheidend sind, wenn es um Leben und Tod geht.

Die Schule trägt eine gesellschaftliche Verantwortung dafür, was Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit lernen. Daher sollte die Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Kurs verpflichtend sein. Dies gewährleistet, dass alle Schülerinnen und Schüler von lebensrettenden Kenntnissen profitieren, die nicht nur anderen helfen können, sondern möglicherweise auch ihnen selbst.

Forderungspunkte:

- Die verpflichtende Durchführung eines 16 Stündigen Erste-Hilfe-Kurses, in der 9. Schulstufe an allen Schulen mit Anwesenheitspflicht.



47. LSV-Arbeit muss kein Geheimnis sein!

Antrag von: **Levi Lansky**, Paulinengasse

Österreich ist eines der einzigen Ländern auf der Welt, die eine überschulische Schüler_innenvertretung gesetzlich verankert hat. Damit haben Schüler_innen in Österreich ein unglaubliches Privileg: Wir werden auf Schul-, Landes- und auch Bundesebene vertreten. Wir können uns sicher sein, dass in (fast) jedem schulbezogenen Gremium eine Person ist, die sich ausschließlich für unsere Interessen einsetzen möchte.

Das alles hört sich in der Theorie erstrebenswert an, schaut in der Praxis aber leider anders aus. Denn was bringt uns das alles, wenn wir nicht wissen, was die LSV genau macht?

Die meisten Schüler_innen kennen die LSV nicht einmal, da sie diese nicht wählen dürfen. Doch, wenn sie sie kennen, ist es fast unmöglich zu erfahren, was die LSV macht. Klar, fast jede LSV hat einen Instagram-Account, der regelmäßig bespielt wird. Jedoch sehen wir dort lediglich, mit wem die LSV sich gerade getroffen hat und nicht, was sie besprochen haben. Welche inhaltlichen Debatten oder Schwierigkeiten sie in ihrer Arbeit gerade sehen, erfahren wir kaum.

Es geht noch weiter: Heute sind wir alle hier. Wir sind alle hier, obwohl wir vermutlich in der Schule sein müssten, einen längeren Anweg hatten oder früher aufstehen mussten. Wir sind alle hier, weil es uns ein Anliegen ist, die Schule für unsere Mitschüler_innen und für uns selbst zu verbessern. Deswegen bemühen sich unzählige Schüler_innenvertreter_innen um inhaltliche starke Anträge und rege Diskussionen. Damit wir etwas verändern können. Die Aufgabe der LSV ist es dann, die Anträge in die Politik, in die Öffentlichkeit und an andere Entscheidungsträger_innen zu tragen. Kurzum: Mit bestem Wissen und Gewissen sich um ihre Umsetzung zu bemühen. Doch über diesen Prozess erfährt ihr kaum. Deswegen ist es wichtig, dass die LSV regelmäßig über ihre Bemühungen die SiP Anträge umzusetzen, berichtet. Aus Respekt vor euch, der gesamten überfraktionellen LSV, aber auch vor dem Parlament, in dem wir heute sind.

Forderungen:

- Zu jeder Einladung für das Schüler_innenparlament soll ein schriftlicher Bericht über die LSV Arbeit, insbesondere dem Bemühen der LSV zur Umsetzung der SiP-Anträge seit dem letzten Schüler_innenparlament, ausgeschickt werden.



Antrag

- Bei jedem Schüler_innenparlament soll zu Beginn ein Tätigkeitsbericht der Referate vorgestellt werden, um so Schüler_innen über die Arbeit der LSV am Laufenden zu halten
- Jedes LSV Mitglied muss am Ende ihrer Funktionsperiode einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeiten ablegen. Hierbei soll auch über die Zusammenarbeit zwischen den LSV Mitgliedern berichtet werden, sodass kein LSV Mitglied aufgrund deren (politischen) Meinungen aus der Arbeit ausgeschlossen wird



48. Klimaschutz hört nicht beim Mülltrennen auf!

Antrag von: **Janina Gagliano**, BAfEP 21

Mittlerweile ist die Wichtigkeit von Klimaschutz nicht mehr debattierbar. Vor allem für uns Jugendliche gewinnt das Thema immer mehr an Bedeutung, da wir sehr wahrscheinlich später mal die Auswirkung der misslungenen Klimapolitik der jetzigen Entscheidungsträger_innen spüren und die Konsequenzen davon tragen werden.

Daher gibt es schon an vielen Schulen immer wieder neue und innovative Projekte, um das Klima zu schonen und die Umwelt zu schützen. Doch die Umsetzung dieser Projekte ist meist klein und die Projekte alleine tragen nur einen geringen Teil zu dem bei, was es wirklich bräuchte. Damit uns jetzt noch die Wende gelingt, müssen wir jedoch groß denken. Wir müssen Forderungen stellen, die Entscheidungsträger_innen wirklich in Betracht ziehen. Wir müssen Großes fordern, um Großes zu erreichen. Unsere Schulen können mehr zum Klimaschutz beitragen, als bloß Müll zu trennen oder über Recycling aufzuklären (beides wichtige Punkte natürlich, aber es braucht noch mehr).

Ein guter Schritt in die richtige Richtung ist der Klimaclub, den es an einigen Schulen bereits gibt. Der Klimaclub setzt sich mit Projekten und Ideen auseinander, die in der jeweiligen Schule umgesetzt werden können.

Aber zudem sollte es auch großflächigere Projekte durch Entscheidungsträger_innen geben. Zum Beispiel, sollten erneuerbare Energie ja allgemein ausgebaut werden. Wieso fangen wir dann nicht gleich an den Schulen damit an?

Zusätzlich dazu, soll es vermehrt Grünflächen in Schulumgebungen geben. Dort könnten Schüler_innen lernen und der Stadt wäre damit gleichzeitig auch etwas Gutes getan.

Die Politik kann und darf unsere Anliegen nicht länger ignorieren. Wir müssen jetzt größer Denken. Ich freu mich auf eure Ideen!

Forderungen:

- Aufbau eines Klimaclubs an jeder Schule in Wien.
- Die Finanzierung einiger Solarpanels an Dächern von Schulen in Wien durch den Bund.



Antrag

- Ein Umsetzungsfahrplan zu Energieeffizienz an Schulen, der durch Expert_innen bereitgestellt werden
- Fassadenbegrünung und Schaffung mehrerer Grünflächen in Schulumgebung



49. Wirklich wahr – Das Vertrauen in die Wissenschaft zurückgewinnen

Antrag von: **Lorenz Unger**, Grg 19 | **Victoria Korbiel**, GRG5 | **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Hakem Kasem**, GRG5 | **Lea Hemedinger**, ORG1

„Auch wenn wissenschaftliche Forschung nicht immer unmittelbar einen Nutzen bringt, ist die Erweiterung des Wissensspektrums von essenzieller Bedeutung und sollte daher von der Regierung unterstützt werden.“ Etwa 48% der österreichischen Befragten stimmen dieser Auffassung zu, während rund ein Viertel sie ablehnen (Quelle: Eurobarometer). Die zunehmende Medialisierung macht Schülerinnen und Schüler besonders anfällig für unwissenschaftliche Informationen und Verschwörungsmythen im Netz. Das falsche Bild von Wissenschaft als absoluter Wahrheit führt zu Desillusionierung und Vertrauensverlust, wenn neue Erkenntnisse zu Widersprüchen führen.

Die Schulen in Österreich spielen eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung von Informationen und dem Erkennen von "Fake News", jedoch fehlt es an Aufklärungsarbeit zu Alltagsthemen wie dem Klimawandel. Es ist essenziell, Jugendliche auf manipulative rhetorische Techniken vorzubereiten, um das kritische Denken zu fördern und "Fake News" von wissenschaftlichen Fakten zu unterscheiden.

Es ist außerdem unerlässlich, dass Schulen auf die Herausforderungen der aktuellen globalen Situationen eingehen. Schülerinnen und Schüler müssen darauf vorbereitet werden, gezielte Falschinformationen zu erkennen, und jegliche News kritisch zu hinterfragen. Eine vertiefte Sensibilisierung für diese Themen fördert nicht nur das Verständnis, sondern trägt auch zur Entwicklung einer informierten und kritischen Bürgerschaft bei.

Forderungen:

- Daher fordern wir verstärkte Aufklärungsarbeit an Schulen bezüglich der Wissenschaft und relevanten Alltagsthemen.
- Außerdem soll sich die Schule für eine Förderung des kritischen Denkens durch die Identifikation von rhetorischen Techniken in sozialen Medien einsetzen.



50. Zu große Klassen, zu große Nachteile

Antrag von: **Raphael Pos**, Flora-Fries-Schulcampus

Mit dem Schulautonomiepaket wurden Klassenschüler:innenhöchstzahlen abgeschafft. Seitdem kann jede Schule für sich selbst über die Größe ihrer Klasse entscheiden. In Wien wird das Autonomiepaket jedoch mehr als Sparpaket wahrgenommen.

Deswegen kommt es immer wieder in unseren Schulen vor, dass in mehreren Klassen weit über 25 Schüler:innen sitzen. Gerade in Wien ist die Situation aufgrund des Lehrkräftemangels noch dramatischer. In der Bundeshauptstadt sitzen im Schnitt 16,3 Prozent mehr Schüler:innen in einer Klasse als im Rest Österreichs.

Das führt zu einer Verschlechterung des Unterrichts. Es ist in einem vollen Klassenraum schwieriger, sich zu konzentrieren. Um den Lehrplan durchziehen zu können, muss der Lehrer bzw. die Lehrerin auf Fragen von der Klasse verzichten und ist mehr auf Frontalunterricht angewiesen. Deswegen fordere ich eine Wiedereinführung der Klassenschüler:innenhöchstzahl von maximal 25 Schüler:innen in einer Klasse, in jeder Schulstufe und in jedem Schultyp, die nicht so leicht umgänglich ist. Das wäre ein großer Schritt in Richtung eines qualitativ besseren Unterrichts. Die Lehrkraft kann besser auf den einzelnen Schüler bzw. auf die einzelne Schülerin eingehen.

Forderungspunkt:

- Wiedereinführung einer Klassenschüler:innenhöchstzahl von maximal 25
- Schüler:innen in einer Klasse, in jeder Schulstufe und in jedem Schultyp.
- Ergreifung von Maßnahmen, um den Durchschnitt der Schüler:innen pro Klassen in Wien zu senken.



51. Was, wir haben Rechte?!

Antrag von: **Florentin Chalupsky**, GRG6 Rahlgasse, **Maja Ahrens**, HBLFA für Gartenbau, Schönbrunn

Wir alle kennen unsere Pflichten in der Schule, aber nur die wenigsten von uns haben ähnlich gutes Wissen über ihre Rechte.

Nur wer seine Rechte auch kennt, kann sie einfordern! Die Grenzen innerhalb der Schule sind allgemein vage definiert, Benotungen wirken oftmals gewürfelt, Schularbeiten werden nach Belieben wiederholt, Fehlstunden wirken sich oder vielleicht auch nicht auf die Betragensnote aus - all das hat genaue Regelungen; sogar ein Recht auf Mitsprache im Unterricht findet sich im SchUG. Als Schülerinnen und Schüler, die über ihre Rechte nicht aufgeklärt wurden, sind wir innerhalb der Schule machtlos, da wir nicht einmal wissen, wann ein Verstoß vorliegt. Und selbst wenn - was tun? Diesem Nichtwissen muss entgegengewirkt werden, um die Schule zu einem wahrlich gerechten Ort zu verwandeln – daher fordern wir eine grundlegende Aufklärung über unsere Rechte in der Schule und wie wir sie einfordern.

Forderungen:

- Verpflichtende Workshops zum Thema Schulrecht, um Schüler:innen mit den relevanten Bestimmungen vertraut zu machen
- Eine Anlaufstelle der LSV für schulrechtliche Beratung
- Eine Vertrauensperson an der Schule die für rechtliche Fragen zur Verfügung steht



52. Politische Bildung als Pflichtfach

Antrag von: **Dejana Leimegger**, Amerlinggymnasium

Demokratie lebt vom Mitmachen. Um genau das zu tun, muss man sich allerdings im Vorhinein mit der Politik auseinander gesetzt haben und lernen, was genau Demokratie ist und wie man seine eigene Stimme als Schüler einbringen kann.

Um sich aber eine Meinung über die Politik machen zu können, sollte man auch unterscheiden können, welche der Quellen, anhand dessen man die eigene Meinung basiert, auch wirklich echt und vertrauenswürdig ist und wie der Staat und die Politik funktioniert und aufgebaut ist. Wo soll das passieren, wenn nicht an unseren Schulen?

Daher fordere ich die Einführung von Politischer Bildung und Medienkunde als Pflichtfach im Ausmaß von einer Stunde pro Woche ab der 9. Schulstufe.

Forderungen:

- Einführung von Politische Bildung als Pflichtfach im Ausmaß von einer Stunde pro Woche ab der 9. Schulstufe.



53. Lehrpersonenkompetenzen

Antrag von: **David Woskow**, Camillo Sitte Bautechnikum

Derzeit werden pädagogisch praktische Ausbildung und Weiterbildung sowie Überprüfung der aktuellen Kompetenzen der Lehrkräfte in Klassenzimmern vernachlässigt.

Diesem Zustand kann man entgegenwirken, indem bereits vor dem Antritt eines Lehramtsstudiums ein pädagogischer sowie fachorientierter Test durchgeführt wird. Des Weiteren wären mehr Praxis während und ein weiterer Test nach der Hälfte des Studiums zu empfehlen. Außerdem sollen alle drei Jahre Überprüfungen über die pädagogischen Kompetenzen einer Lehrkraft im Klassenzimmer, sowohl in einem Gespräch mit den Schüler:innen, als auch von einem außenstehenden Prüfer durchgeführt werden. Sollte die Lehrperson die geforderten Fähigkeiten nicht erfüllen, muss er verpflichtend an pädagogischen Fortbildungen teilnehmen. Zusätzlich sollten Berufstätige, bevor sie in einer Schule unterrichten dürfen, eine pädagogische und rhetorische Prüfung absolvieren müssen.

Lehrpersonen sollte bewusst sein, dass sie die Verantwortung für die Bildung und Weiterentwicklung junger Menschen haben.

Forderungen:

- einen fachorientierten und pädagogischen Eignungstest vor Studienantritt.
- mehr praxisbezogenen Unterricht während des Studiums: ein Monat pro Semester im Klassenraum, sowohl als Beobachter, als auch aktiv an der Unterrichtsgestaltung beteiligt.
- Nach der Hälfte des Studiums einen rhetorischen und sozialorientierten Test.
- Überprüfung der Fachkompetenz einer Lehrperson durch außenstehende Prüfer.
- Verpflichtung für Berufstätige, vor der Aufnahme des Lehramtes eine pädagogisch weitläufige Prüfung zu absolvieren



54. Bildung über Finanzen: Eine Investition in die Zukunft

Antrag von: **Victoria Korbiet**, GRG5 | **Arman Shariat**, VBS Akademiestraße | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Amir Salman**, GRG21

In der Zeit nach Corona, in der über staatliche Förderungen und die hohe Inflation diskutiert wird, ist eine gute Wirtschafts- und Finanzbildung umso wichtiger. Es kann nicht sein, dass in ganz Österreich Experten über die Zukunft der Wirtschaft debattieren und in den Schulen Stillschweigen herrscht. Es ist von zentraler Bedeutung, dass alle Schüler:innen die Instrumente und das Wissen mit auf den Weg bekommen, um ein finanziell mündiges Leben führen zu können. Nur wer sich in unserem Wirtschafts- und Finanzsystem auskennt, kann mündige Entscheidungen treffen. Diese so wichtige Bildung dürfen wir nicht ausschließlich Banken und Unternehmen überlassen, die natürlich auch ein Eigeninteresse haben. Schon jetzt werden seitens des Bildungsministeriums Schritte in die richtige Richtung gemacht, dennoch muss hier Druck ausgeübt werden, um den Prozess zu beschleunigen, aber auch Input seitens der Schüler:innen zu liefern.

Zu einer guten Wirtschafts- und Finanzbildung gehört einerseits das mikroökonomische und andererseits das makroökonomische Verständnis. Es soll nicht an den Banken liegen, Kredite, Zinsen usw. zu erklären.

Es ist aber mindestens genauso wichtig, Wirtschaftssysteme zu verstehen, um sich eine Meinung bilden zu können. Hier muss vermehrt schon in der Pflichtschule angesetzt werden, im Rahmen des Geographie und Wirtschaftskunde Unterrichts, damit auch Menschen mit Pflichtschulabschluss ein Gefühl für Geld und die Mechanismen unserer Wirtschaft bekommen. Darüber hinaus braucht es, um mehr in die Tiefe gehen zu können, ein eigenes Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ in der Sekundarstufe II, sollte es noch kein ähnliches Fach in der Schule geben.

Neben klassischen Begriffen und Systemen soll auch gelernt werden, wie man verantwortungsvoll mit Geld umgeht. Dabei spielen die richtigen Tools zur Meisterung von wirtschaftlichen Herausforderungen und das Planen eines Haushaltsbudgets natürlich mit. Genauso wichtig zu lernen ist aber auch, dass Geld nicht mehr sondern oft weniger wird, wenn es auf der Bank liegt. Deshalb müssen die Chancen, aber auch Risiken der verschiedenen Anlagemöglichkeiten eine Rolle spielen. Um risikolos mit dem Finanzsystem in Kontakt zu kommen, soll es Schüler:innen ermöglicht werden, gemeinsam an Börsenspielen teilzunehmen. Was jedoch auch thematisiert werden muss, ist die Rolle von Aktien und anderen Anlagemöglichkeiten bei der privaten Pensionsvorsorge, denn die Schüler:innen müssen jetzt



schon darauf vorbereitet werden, dass sie ihre Pensionsvorsorge womöglich selbst in die Hand nehmen müssen.

Forderungen:

- Wir fordern, dass schon in der Pflichtschule im Fach „Geographie und Wirtschaftskunde“ ein grundlegendes Verständnis sowohl für mikroökonomische als auch makroökonomische Zusammenhänge gelehrt wird.
- Wir fordern in der Sekundarstufe II die Einführung des Fachs „Wirtschafts- und Finanzkunde“, sollte es nicht bereits ähnliche Fächer geben.
- Wir fordern die verstärkte Thematisierung von Tools zur Meisterung wirtschaftlicher Herausforderungen (Verträge, Bankwesen, Steuern, Insolvenz, Förderungen, usw.), der Planung eines Haushaltsbudgets, Anlagemöglichkeiten und privater Pensionsvorsorge.
- Wir fordern die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Börsenspiel im Rahmen des Unterrichts.
- Wir fordern, dass sich die LSV aktiv an dem Prozess der Implementierung von Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule beteiligt.



55. Gewaltig gegen Gewalt!

Antrag von: **Alexis Küntzel**, GORG20 | **Victoria Korbiet**, GRG5 | **Arman Shariat**, VBS
Akademiestraße

Fünfundzwanzig Femizide bis jetzt im Jahr 2023, und wir haben erst Dezember.

Lange hat es nicht gedauert, denn das Jahr 2023 war gerade mal 13 Tage alt, als in Österreich die erste tödliche Gewalttat an einer Frau gemeldet wurde. Die traurige Wahrheit ist, dass es in Österreich keinen gefährlicheren Ort für Frauen und Mädchen gibt als die eigenen vier Wände. Gewalt an Mädchen in der Schule kann von einzelnen Personen ausgehen, aber auch strukturell bedingt sein.

Es muss verstanden werden, dass dieses Problem nicht nur einseitig gelöst werden kann, sondern vielschichtig und früh seinen Ursprung hat. Gewalt beginnt nicht erst im Erwachsenenalter. Gewalt beginnt schon früh im Kinder- und Jugendalter.

Genau hier muss angesetzt werden und es müssen nachhaltig präventive Maßnahmen gesetzt werden. Jegliche Form der Gewalt hat in der Schule keinen Platz.

Präventive Maßnahmen wie Workshops, Infomaterialien vor Ort an Schulen bezüglich Anlaufstellen, gewaltpräventive Plakate an Schulen und die Besprechung im Unterricht durch eine Verankerung im Lehrplan sind ausdrücklich anzudenken.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende präventive Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen in der Form von Workshops an Schulen, Infomaterialien zu Anlaufstellen an Schulen.
- Wir fordern gewaltpräventive Plakate an Schulen und die Verankerung der Aufklärung über Gewalt im Lehrplan.



56. Verpflichtendes Lehrer:innen Feedback

Antrag von: **Deniz Helienek**, GRG22 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Amir Salman**, GRG21 |

Wir Schüler:innen sind die Mehrheit im Bildungssystem, doch trotzdem fragt uns eigentlich niemand, wie wir den Unterricht finden, und was wir ändern würden. Viele Lehrer:innen holen sich am Ende des Jahres Feedback der Schüler:innen ein, um in Erfahrung zu bringen, wie ihr Unterricht ankommt. Doch eine noch viel größere Gruppe der Lehrkräfte tut dies eben nicht. Ich bin der Meinung, dass das Bildungssystem und der Frontalunterricht veraltet ist. Doch anstatt, dass wir versuchen einen Teil der bereits verlorenen Zeit gutzumachen, die wir mit altmodischen Lehrmethoden verschwendet haben, tun wir nichts, absolut gar nichts. Niemand fragt uns, was wir denken, uns, diejenigen die vom Bildungssystem profitieren sollen. Deswegen braucht es jetzt verpflichtendes Feedback von Schüler:innen an Lehrer:innen. Hören wir auf, Zeit zu verschwenden, und verwenden wir unsere Stimme.

Dieses Feedback soll mindestens einmal im Jahr von allen Klassen, die eine Lehrkraft unterrichtet hat, eingeholt werden. Es ist äußerst wichtig, dass das Feedback anonym eingeholt wird.

Schüler:innen sollen die Wahl zwischen 5 verschiedenen Stufen haben, sehr zufriedenstellend, zufriedenstellend, befriedigend, wenig zufriedenstellend, nicht zufriedenstellend.

Um zu gewährleisten, dass dieses Feedback ernst genommen wird, soll die Direktion Einsicht in die Antworten bekommen, allerdings nur in Form von Prozentsätzen. Wenn also Schüler:innen bei einer Lehrkraft mehr als ein Drittel der Fragen mit „nicht zufriedenstellend“ beantwortet haben, muss ein Gespräch mit der Schulleitung her.

Forderungen:

- Wir fordern daher, dass am Ende des Schuljahres von jeder Lehrperson Feedback der Schüler:innen eingeholt werden muss. Dieses soll von der Direktion eingesehen werden dürfen, die bei mehr als einem Drittel „nicht zufriedenstellend“ das Gespräch suchen soll.



57. Raus aus der Verdrossenheit – Starten wir Diskussionen

Antrag von: **Amir Salman**, GRG21 | **Victoria Korbiel**, GRG5 | **Hakem Kasem**, GRG5 |

Flächendeckende Podiumsdiskussionen an Schulen steigern die Wahlbeteiligung und holen so manch einen Schüler oder eine Schülerin aus der politischen Verdrossenheit heraus. Für österreichische Schulen sollte die politische und demokratische Bildung Aufgabenbereich Nummer eins sein, denn so eignen sich Jugendliche politisches Wissen an und werden dazu animiert sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Das Angebot an politischen Debatten, um Schüler:innen aus dem politischen Winterschlaf zu bekommen, muss erhöht oder gar gänzlich an jeder Schule umgesetzt werden. Wir sind fester Überzeugung, dass regelmäßige Debatten zu Tagesaktuellen innerpolitischen Geschehen oder Debatten zum Weltgeschehen die Wahlbeteiligung und auch die Partizipation etwas bewirken zu wollen steigern.

Österreichs Schulen sollten ein Ort für jede Form der Meinungsäußerung sein. Deshalb sollten diese Podiumsdiskussionen unter klarem Regelwerk stattfinden, damit ein reger Austausch und ein humanes Teilnehmen ermöglicht werden kann. Wie oft eine Podiumsdiskussion stattfindet, sollte natürlich der Schule überlassen werden, mindestens einmal im Semester sollte jedoch eine stattfinden. Auch die Teilnahme sollte so autonom wie möglich bleiben. Jedoch ist anzudenken, dass Podiumsdiskussionen während des Regelunterrichts stattfinden sollten und sich somit Schüler:innen entscheiden können, ob sie am Unterricht oder an der Podiumsdiskussion teilnehmen möchten.

Forderungen:

- Wir fordern mehr Podiumsdiskussionen an Österreichs Schulen, um der politischen Verdrossenheit entgegenzuwirken.



58. Ein eigenes Budget für eigene Ideen – SV-Budget

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Amir Salman**, GRG21 | **Hakem Kasem**, GRG5

Ein Großteil der Wiener Schüler:innenvertretungen hat eine riesige Menge an Ideen und Projekten, die sie gerne umsetzen würden. Diese Projekte erfordern meistens eine gewisse finanzielle Unterstützung, die sie vom Elternverein oder der Direktion oftmals nicht bekommen. Um zu gewährleisten, dass die Schüler:innenvertretung auch unabhängig von finanzieller Unterstützung der anderen Schulinstanzen funktionieren kann, braucht es ein festgelegtes Budget für alle Schüler:innenvertretungen. Das nötige Geld dafür soll durch einen Schüler:innenbeitrag von maximal 4€ im Jahr finanziert werden, welcher dann ausschließlich für Projekte verwendet wird, die den Schüler:innen zugutekommen. Zusätzlich dazu soll das Budget durch Aktionen der SV, wie z.B. Verlosungen aufgestockt werden können. Um das ganze übersichtlich und verantwortungsbewusst zu koordinieren, müsste es ein eigenes Girokonto für die SV geben, das von dieser auch verwaltet wird. Des Weiteren muss die Schüler:innenvertretung einen Rechenschaftsbericht ablegen und die Finanzen auch im SGA vorlegen, die auch noch von den zukünftigen Schüler:innenvertretungen eingesehen werden können.

Forderungen:

- Wir fordern, dass es ein festgelegtes Budget für alle Schüler_innenvertretungen gibt, welches frei, für schulische Zwecke, verwendet werden kann.



59. Bleibt weltoffen!

Antrag von: **Amir Salman**, GRG21 | **Lea Hemedinger**, ORG1 | **Hakem Kasem**, GRG5

Wir leben heutzutage in einer derart internationalen und sich-schnell-weiterentwickelnden Zeit, dass es immer wichtiger wird, sich mit dem Thema Diversity zu beschäftigen. Obwohl Faktoren, wie beispielsweise Geschlecht, Herkunft oder auch Sexualität, die einfach nicht beeinflussbar sind, bereits ausnahmslos akzeptiert werden sollten, gibt es immer noch genügend Fälle von Homophobie, Rassismus, Sexismus oder einfach Mobbing aufgrund jener Faktoren.

Wir sind der Meinung, dass das nicht mehr so weitergehen darf! Jede:r soll so leben dürfen, wie er oder sie will, insofern es andere nicht gefährdet oder diese einschränkt. Leider passieren obengenannte Ungerechtigkeiten viel zu oft, obwohl die Schule eigentlich ein Ort zur Zusammenkunft, Sozialisierung und natürlich zum Lernen sein soll, was dadurch bedauerlicherweise oftmals in den Hintergrund rutscht. Da es vermutlich schwierig wäre, den Schüler:innen zu befehlen, wie sie sich gegenseitig zu behandeln haben, sollte Diversität in Form von außerordentlichen Projekten, wie beispielsweise Workshops oder Veranstaltungen gefördert werden.

Forderungen:

- Wir fordern mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstellen von Workshops, Seminaren oder Events, welche mehr Diversity, aber vor allem Toleranz und ein freies miteinander für alle fördern.



60. Einführung des Lernbüro-Konzepts in allen höheren Schulen in Wien

Antrag von: **Hussein Al-Hakeem**, HTL Wien West, Abteilung der höheren IT

Das Lernbüro ist eine innovative Lernmethode, die den Schülerinnen und Schülern mehr Selbstständigkeit verleiht. Einmal pro Woche verbringen sie fünf Stunden in einem Raum, um eigenständig zu arbeiten. Diese Methode stärkt ihre organisatorischen Fähigkeiten und fördert ihre Unabhängigkeit beim Lernen. Die gut strukturierte Zeit im Lernbüro, mit Pausen alle zweieinhalb Stunden, dient dazu, die Konzentration aufrechtzuerhalten. Die Aufgaben decken den gesamten Stoff ab, fördern vielseitiges Denken und vertiefen das Wissen. Das Konzept legt einen starken Fokus auf Eigenverantwortung. Schülerinnen und Schüler nutzen ihre Zeit effektiv und bewältigen Aufgaben eigenständig, was nicht nur ihre organisatorischen Fähigkeiten, sondern auch Soft Skills wie Zeitmanagement fördert. Das Lernbüro stellt einen zeitgemäßen Ansatz dar, der über den traditionellen Unterricht hinausgeht. Es passt sich den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler an, fördert lebenslanges Lernen und entwickelt kritisches Denken. Zusammengefasst bietet das Lernbüro nicht nur eine innovative Lernmethode, sondern auch eine moderne Bildung, die Vielfalt berücksichtigt und die Schülerinnen und Schüler auf ihre Zukunft vorbereitet. Der Ablauf im Lernbüro folgt einem klaren Muster: Begrüßung, selbstständiges Arbeiten, Pause, selbstständiges Arbeiten, Pause, Reflexion, Feedbacks sammeln und Planung für die nächste Woche.

Forderungen:

- Einführung des Lernbüro-Konzepts in allen BMHSen
- Steigerung der Eigenständigkeit und des Zeitmanagements der Schülerinnen und Schüler



61. Eine Beurteilung so individuell wie wir?

Antrag von: **Emil Mollner**, BRG 6 Marchettigasse | **Maja Ahrens**, HBLFA für Gartenbau Schönbrunn

Leistungsbeurteilung erfolgt in der Regel wie die Lehrperson es möchte. Schularbeiten, Wiederholungen und Mitarbeit werden nach Belieben gewichtet, was manchen Schülerinnen und Schülern einen Nachteil gegenüber anderen verschafft, da wir nicht alle dieselben Stärken haben.

Ganz im Gegenteil, wir sind alle unterschiedlich und wir sollten nicht alle vom Bildungssystem in die gleiche Schublade gesteckt werden.

Um dem entgegenzuwirken und ein faires Umfeld zu schaffen, braucht es eine individuelle Leistungsbeurteilung. So könnte eine Schülerin die gut in schriftlichen Leistungen ist, angeben, dass Schularbeiten oder Tests beispielsweise 80% ihrer Note ausmachen sollen, ein Schüler, der mündlich besser ist, könnte jedoch seine Mitarbeit stärker zählen lassen.

Forderungen:

- Einführung der Individuellen Leistungsbeurteilung in allen Fächern, ab der 9. Schulstufe, in denen es keine standardisierte Reifeprüfung gibt.
- Schülerinnen und Schüler sollen in diesen Fächern anteilsweise wählen können, ob sie vermehrt in punktuellen Leistungen, Mündlicher Mitarbeit oder ihrer Mitschrift beurteilt werden sollen.



62. Let's talk about sex, baby!

Antrag von: **Lorenz Unger**, GRG19 | **Lea Hemedinger**, ORG1 | Victoria Korbiet, GRG5

Die WHO definierte 2006 sexuelle Gesundheit als Zustand des körperlichen, emotionalen, mentalen und sozialen Wohlbefindens. Es geht um das Bewusstsein über Krankheiten, lernen ein „nein“ zu akzeptieren, eine positive Herangehensweise, Wissensvermittlung zu Verhütungsmethoden, Hilfe bei Sexualitätsentscheidung, aber vor allem um Prävention sexueller Gewalt. Sex darf nicht mehr als Tabuthema gelten und muss ein normaler Bestandteil unseres Lebens sein. Schulen haben die Verantwortung uns auf die Zukunft vorzubereiten und uns über gegenwärtige Situationen zu belehren. Aufklärung ist zu wenig im Lehrplan verankert, doch das wollen wir ändern. Bildungsstätte müssen uns die Möglichkeit bieten uns auf angenehme Art und Weise mit Aufklärung auseinanderzusetzen. Im Endeffekt wollen wir alle ein erfülltes und verantwortungsvolles Sexual- und Beziehungsleben führen.

Genau deswegen fordern wir mehr Aufklärungsangebote an Schulen durch zum Beispiel Workshops oder klasseninterne, sowie schulübergreifende Events. Dies sollte von einer externen Person abgehalten werden, um unangenehme Situation zu vermeiden. Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, sodass Aufklärung an Schulen greifbarer gemacht wird.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung von Workshops und Events an Schulen abgehalten von externen Personen, um sexuelle Aufklärung für Schüler:innen erreichbar zu machen.



63. Kochunterricht für eine ganzheitliche Schüler:innen-Entwicklung

Antrag von: **Emil Mollner**, BRG6 Marchettigasse | **Florentin Chalupsky**, GRG6 Rahlgasse

Kochen ist etwas, das viele Schülerinnen und Schüler nie zu Hause und erst recht nicht in der Schule lernen. Deshalb braucht es in der Unterstufe grundlegende Bildung im Bereich Kulinarik. Diese soll nicht nur kulinarische Fähigkeiten vermitteln, sondern auch das Verständnis für gesunde und nachhaltige Ernährung fördern. Praktische Kocherfahrungen stärken nicht nur die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler, sondern können auch nachhaltig in ihren Leben von Vorteil sein.

Forderungen:

- Einführung von verpflichtendem Kochunterricht für alle in der 5. und 6. Schulstufe
- Einführung der unverbindlichen Übung "Gesundes Kochen" in der 7. und 8. Schulstufe



64. G'scheid Wirtschaften für Alle!

Antrag von: **Mateja Arsenovic**, BORG15 Henriettenplatz

Jeder und jede von uns kennt jemanden, der oder die keine Ahnung hat, wie das Finanzsystem in Österreich funktioniert. Lehrpersonen ärgern sich oft, dass ihre SchülerInnen nicht wissen, wie man ein Konto auf der Bank öffnet. Doch sind es nicht gerade sie, die es den Jugendlichen beibringen sollten? Wir haben zwar an Schulen das Fach Geografie und Wirtschaftskunde, doch das Wirtschaftsthema kommt dabei oftmals viel zu kurz. Ausgenommen von Handelsakademien, werden Schüler:innen kaum wo über unser Finanzsystem aufgeklärt. Viele Jugendliche verlassen die Schule mit dem Wissen, wie Vektoren multipliziert werden, aber ohne dem Wissen, was Brutto und Netto vom Gehalt sind. Das ist ein großes Versäumnis unseres Bildungssystems! Es braucht dringend eine Schwerpunktsetzung auf das Thema Finanzbildung an den Schulen! Geografie und Wirtschaftskunde haben zwar oft Überschneidungen, vor allem an allgemeinbildenden höheren Schulen wird die Lehre der Ökonomie aber vernachlässigt. Workshops zum Thema Wirtschaft werden kaum abgehalten. Es ist auch nicht selten, dass sogar ProfessorInnen wenig Wissen über das zugegebenermaßen komplexe Thema Wirtschaft haben. Deshalb ist es dringend notwendig, sowohl LehrerInnen als auch SchülerInnen das G'scheid Wirtschaften so einfach und verständlich wie möglich näherzubringen.

Forderungen:

- Verpflichtende Workshops zum Thema "Wirtschaft und Finanzen" für Schüler:innen
- Fortbildungskurse für Lehrer:innen zum Thema "Wirtschaft und Finanzen"



65. Unterlassene Hilfeleistung

Antrag von: **Florentin Chalupsky**, GRG6 Rahlgasse

Im Ernstfall kommt es auf jede helfende Hand an. Leider fehlt ein flächendeckendes Verständnis für erste Hilfe. Als Bildungseinrichtung ist es die Pflicht einer Schule uns Schüler:innen auf das Leben vorzubereiten. Das gilt auch für medizinische Ersthilfe. Doch hunderttausende Schüler:innen würden derzeit im Ernstfall ratlos zuschauen müssen, sollten sie sich jemals in so einer Situation befinden. Als Schule uns nicht auf den Ernstfall vorzubereiten grenzt an grobe Fahrlässigkeit.

Ich habe - in meiner gesamten Oberstufenzeit - keinen einzigen Erste-Hilfe- Kurs erhalten. Damit wir auf eine Zukunft hinarbeiten, in der diese Aussage nicht mehr zutrifft, fordern wir verpflichtende Erste Hilfe Kurse, auch in der Oberstufe.

Forderungen:

- Verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse für Schüler:innen aller Schulstufen



66. Kein Tier ist egal!

Antrag von: **Mateja Arsenovic**, BORG15 Henriettenplatz

Alle kennen es: Wenn man ins Buffet der Schule geht, sieht man nur Cookies, Schinken-Weckerl und Schoko-Riegel. Das diese ungesund sind, steht außer Frage. Und trotzdem macht sich kaum eine Schule dafür stark, gesunde Jausen in den Kantinen für SchülerInnen zur Verfügung zu stellen. Bereits Jamie Oliver hat sich Anfang der 2000er Jahre für gesunde Ernährung an Schulen statt Fast Food eingesetzt- diese Botschaft scheint in vielen Schulen nicht angekommen zu sein. Es ist an der Zeit, Gericht mit Obst und Gemüse für SchülerInnen attraktiver zu machen und sie von einer Ernährungsumstellung zu überzeugen.

Was ich ebenfalls oft beobachte: In jedem Weckerl Fleisch drinnen. Meine Schule hat es zum Beispiel bis heute nicht zusammengebracht, eine einzige vegane Speise anzubieten. Wenn man sich darüber beschwert, heißt es, veganes Essen bringe keinen Gewinn. Interessanterweise hat man das gar nicht ausprobiert.

Nicht nur, dass der Konsum von Tierleichen ethisch höchst umstritten ist - bis heute leiden sogenannte Nutztiere auf Vollspaltböden, müssen ihre Fäkalien, also ihren Kot, einatmen und werden für die Milchproduktion ausgebeutet- er ist auch sehr klimaschädlich

Eine Studie vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau zeigt, dass man wenn 2/3 der Menschen in Österreich weniger Fleisch essen würden, 28% der Treibhausemissionen im Ernährungsbereich eingespart werden würden! Wir brauchen an Schulen dringend Ernährungsworkshops und eine andere Sichtweise auf unseren Konsum- denn die SchülerInnen unserer Generation sind die letzten, die die Welt lebenswerter gestalten können.

Forderungspunkte:

- Verpflichtende Vegane Speisen im Buffet
- Veggie-Day an allen Wiener Schulen
- Deutliche Reduzierung von Fast Food und Süßigkeiten im Schulbuffet
- Verpflichtende Workshops zum Thema "gesunde und klimafreundliche Ernährung"



67. Lernen für Alle

Antrag von: **Miriam Messinger**, GRG6 Rahlgasse, **Jonna Kropf**, HLTW Bergheidengasse

Dein Erfolg in der Schule hängt vom Geldbörstel deiner Eltern, beziehungsweise deinen Erziehungsberechtigten ab. Konkret gemeint ist beispielsweise Lernmaterial, also Geodreieck, Blöcke, Mappen, Schreibutensilien jeglicher Art. Hört sich nicht viel an, summiert sich aber über das Jahr. Wir sprechen durchschnittlich von einem Geldbetrag in Höhe von min. 140 Euro, um sich am Anfang des Schuljahrs mit den nötigen Lernmaterial auszustatten. Gerade Schüler:innen aus einkommensschwachen Haushalten belasten diese Kosten.

Zwar gibt es bereits ein Budget in der Höhe von 300 Euro pro Schuljahr pro Kind, doch damit müssen die Kosten für Lernmaterial, Ausflüge, elektronische Geräte und Schulkurse (beispielsweise Skikurse) gedeckt werden.

Forderungen:

- Schüler:innen sollten die Möglichkeit haben, sich Lernmaterial (Geodreiecke, Stifte, Collageblöcke ect.), kostenlos abzuholen.
- Erhöhung des Schulstartgelds
- Verlängerung des Schulstartgeld bis zur Vollendung der Schule



68. Nachhilfe – von und für Schüler:innen

Antrag von: **Emil Mollner**, BRG6 Marchettigasse

Österreich rühmt sich eines der bildungsstärksten Länder Europas zu sein. Und doch müssen jedes Jahr 3,2% aller Schüler:innen Wiens die Klasse wiederholen. Für niemanden eine angenehme Realität. Um dem entgegenzuwirken setzen mehr und mehr Schüler:innen auf private Nachhilfe. Diejenigen die es sich leisten können zumindest. Denn professionelle Nachhilfe kann im Handumdrehen für jedes Fach mehrere hundert Euro im Jahr ausmachen – für Tausende an Familien unleistbar.

Für einen beachtlichen Teil der Schüler:innen würden wenige Stunden vor den Schularbeiten reichen, um sie vor dem nächsten Fünfer zu bewahren. Und wieder einmal beweist sich dadurch, wie stark schulischer Erfolg in Österreich von den finanziellen Mitteln der Eltern abhängt.

Um Nachhilfe für alle zugänglich zu machen und somit der Vererbung von Bildung in unserem Land entgegen zu wirken, fordern wir die Errichtung eines Nachhilfesystems, welches kostengünstige Nachhilfe von und für Schüler:innen anbietet. Dieses soll von der LSV eingeführt und geleitet werden.

Forderungen:

- Die Errichtung einer wienweiten Nachhilfeplattform.
- Ein Ausspruch der LSV für kostengünstige Nachhilfe.
- Die Vernetzung von Schüler:innenvertretungen mit Vereinen die kostengünstige Nachhilfe organisieren



69. Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!

Antrag von: **Lorenz Unger**, GRG19 | **Arman Shariat**, VBS Akademiestraße | **Alexis Küntzel**, GORG 20

Ein Machthabender verfügt allein über das ganze Geld seiner Institution. Niemand kontrolliert ihn. Er allein entscheidet, wer, was und wie viel bekommt. Das klingt nach zu viel Macht mit zu wenig Kontrolle? An vielen Wiener Schulen ist es leider Realität.

Der Direktor oder die Direktorin verfügt allein über das Budget und ist nicht verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Dies ist der perfekte Boden für Missbrauch.

Alle Schüler:innen und Lehrer:innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Deshalb erachten wir es als essenziell, dass die Buchführung der Schule, unter Wahrung aller Persönlichkeitsrechte, offengelegt werden muss. Und seien wir uns ehrlich: Wem könnte das wirklich schaden?

Forderungen:

- Wir fordern, dass es allen Schüler:innen das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Des Weiteren soll das Schuljahres- Budget der vorläufigen Freigabe durch den SGA unterliegen.



70. Gebetsräume für Alle!

Antrag von: **Abd Al Majeed ABO HASSAN**, HTL Wien West, **Sophie Wöhrer**, HLW 23

Die Schule repräsentiert einen Mikrokosmos unserer Gesellschaft. Hier treffen verschiedenste Gesellschaftsschichten aufeinander mit verschiedenen Herkunft, Kulturen und Religionen. Doch so inklusiv wie wir oft denken, dass die Schule schlussendlich ist, ist sie eigentlich gar nicht. Während in fast allen Klassenräumen jeweils ein Kreuz hängt, ein Symbol der katholischen Kirche, bleiben andere Religionen wie bspw. der Islam völlig auf der Strecke. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir eine Schule schaffen, in der alle Religionen gleichermaßen respektiert und gefördert werden. Einen eigenen Gebetsraum an Schulen einzuführen, garantiert das Recht auf freie Religionsausübung und fördert die Glaubensvielfalt an der Schule. Das Ziel ist es einen Gebetsraum fürs friedliche Gebet zu schaffen, wo Schüler nicht nur beten sondern auch zur Ruhe kommen können. Um die Aufsichtspflicht zu gewährleisten, sollen Religionslehrpersonen die Aufsicht übernehmen. Um eine Schule zu schaffen in der sich alle Schülerinnen und Schüler wohl fühlen, brauchen wir einen Gebetsraum.

Forderungen:

- Die LSV soll bei der Umsetzung von inklusiven Gebets- und Ruheräumen unterstützend wirken
- Errichtung von Gebets- und Ruheräumen an allen Schulen

